

zialarbeit zw
lbstorganisati
d Bürokratie

Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit/ Kritische Soziale Arbeit

Kontinuitäten, Brüche und Alternativen einer Sozialarbeiteropposition



aks arbeitskreis
kritische
soziale arbeit
hamburg

„Eine Kritik, die sich als radikal versteht, also an die Wurzeln gehen möchte, sollte zumindest versuchen, ‚eingreifendes Denken‘ (Holzkamp) zu praktizieren, das an den in gesellschaftlichen Widersprüchen immer vorhandenen Momenten des Oppositionellen, des Widerständigen und Eigensinnigen, des Unabgeholtenen (Bloch) ansetzt.“

(Kunstreich 1999: 136)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Dokumentiert: Ankündigungstext der Veranstaltung	4
<i>Kontinuitäten, Brüche und Alternativen einer „Sozialarbeiteropposition“</i>	4
1. Politisch-historische Hintergründe der Gründungsgeschichte.....	5
<i>Zur Gründung des ursprünglichen AKS Hamburg - 1975</i>	5
<i>Zur Gründung des neuen AKS Hamburg - 2011</i>	13
2. Heimkampagne.....	16
<i>Subjektorientierung statt Norm und Abweichung Verarbeitung der Heimrevolte 1969/1970</i>	16
<i>Zur Heimkampagne heute</i>	21
3. Selbstorganisation und Partizipation	24
<i>Was wir wollen: Freizeit ohne Kontrollen - Jugendzentrumsbewegung ab 1970</i>	24
<i>Heute Partizipation statt Selbstorganisation!? Eine Praxisreflexion - Was hat sich im Verhältnis von Selbstorganisation und Partizipation verändert?</i>	25
4. Auseinandersetzung um Inhalt und Finanzierung	27
<i>Opposition in der Sozialen Arbeit „damals“ (1980-2002) – vom Aufschrei zur SOPO und dann</i>	27
<i>Opposition heute! Gegen die Schuldenbremse und für eine gemeinwohlorientierte Soziale Arbeit</i>	35
5. Literatur	41
6. Collage Informationsdienst Sozialarbeit	44

Einleitung

Die Broschüre entstand im Kontext der Fachtagung „**1960 - 1980: Die bewegten und bewegenden Jahre in Ausbildung, Praxis und Wissenschaft der Sozialen Arbeit**“ die vom 18.05. bis 20.05.2022 an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg im Fachbereich Soziale Arbeit stattgefunden hat.

Wir, der AKS Hamburg, haben im Rahmen dieser Veranstaltung die Entstehungsgeschichte und das oppositionelle Wirken gegen herrschende politische Autoritäten von den 70er-Jahren bis heute mit unseren verschiedenen biografischen Bezügen und Zugängen geschildert. Damals wie heute entwickeln wir Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit und treiben diese im Bewusstsein unserer Verstrickung in herrschaftspolitische Machtstrukturen voran. Dafür unterstützen wir uns gegenseitig in kritischer Reflexion und der Entwicklung einer widerständigen Praxis, die sich gegen soziale Ungleichheit wendet und deren Legitimation und Verfestigung aufdeckt, gesellschaftliche Interessenkonflikte und Herrschaftsstrukturen deutlich macht und sich dafür von den Zumutungen individualisierender und ordnungspolitischer Problembeschreibungen und -lösungen befreit (vgl. AKS Hamburg 2011).

Die Broschüre gibt einen Einblick in die Entstehungsgeschichte der Arbeitskreise der kritischen Sozialen Arbeit insgesamt und bezieht sich im weiteren Verlauf explizit auf die Entwicklung des AKS Hamburg und stellt fach- sowie gesellschaftspolitische Entwicklungen und die damit einhergehenden Konflikte, die bis heute in unterschiedlicher Couleur fortbestehen, dar. In einer Vergangenheits-Gegenwarts Chronologie werden in den unterschiedlichen Texten Handlungsweisen und Entwicklungspotenziale einer widerständigen Praxis dargestellt.

Hierbei fokussieren sich die Beiträge auf zentrale Spannungsverhältnisse und Konflikte Sozialer Arbeit im Kontext einer am Gemeinwesen und seinen Möglichkeiten ausgerichteten Sozialen Arbeit und den Bereich der Kinder und Jugendhilfe, die die inhaltlichen Auseinandersetzungen und die progressiven alternativen Handlungsweisen des AKS Hamburg seit seiner Gründung prägen.

Es geht uns um eine „gemeinsame Aufgabenbewältigung“ (Mannschatz 2010), die auf dem sozialen Code „mit“ basiert (vgl. Kunstreich 2022: 217) und so über ein defizitär gelagertes Verständnis Sozialer Arbeit hinausführt und Lebensbewältigung als gemeinsame Aufgabe fasst.

Dokumentiert: Ankündigungstext der Veranstaltung

Kontinuitäten, Brüche und Alternativen einer „Sozialarbeiteropposition“

„Eine Kritik, die sich als radikal versteht, also an die Wurzeln gehen möchte, sollte zumindest versuchen, ‚eingreifendes Denken‘ (Holzkamp) zu praktizieren, das an den in gesellschaftlichen Widersprüchen immer vorhandenen Momenten des Oppositionellen, des Widerständigen und Eigensinnigen, des Unabgegoltenen (Bloch) ansetzt.“
(Kunstreich 1999: 136)

Der Aufbruch der 68er Bewegung bewegte auch die Sozialarbeiter*innen, welche zur folgenreichen Einsicht kamen, dass die Institutionen der Sozialen Arbeit Armut regulierten und selbst Ausgrenzung und Stigmatisierung produzieren: *„Seit 1968 gibt es in Westberlin und verschiedenen Städten der BRD-Organisierungsversuche von Sozialarbeitern, Kindergärtnerinnen und Heimerziehern. Unzufriedenheit mit der Praxis, Ausbildung und den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen waren Motivation für viele kritische, radikal-demokratische und sozialistische Kräfte, sich in den Sammelbecken verschiedener Gruppen des Sozialisationsbereiches um eine politische Arbeit zu bemühen [...]“* (Paulsen 1971)

Nach der Heimrevolte im Sommer 1969 kam es am Rande des Fürsorgetages in Essen im November 1969 zum ersten bundesweiten Kontakt systemkritischer Sozialarbeiter*innen. Dieses Treffen kann als Beginn der ersten Sozialarbeiter-Bewegung gewertet werden, die als „Sozialarbeiteropposition“ das eigene Handeln zum Gegenstand ihrer Kritik machte. In der Folge bildeten sich – ausgehend von Berlin und Frankfurt – bundesweite „Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit“ (AKS). Die theoretischen Auseinandersetzungen in den Arbeitskreisen zeigen, dass Kapitalismuskritik konstitutiver Teil des (kritischen) sozialarbeiterischen Selbstverständnisses war, auf dessen Grundlage an der Entwicklung einer widerständigen, alternativen Berufspraxis gearbeitet wurde.

Auf der Veranstaltung kommt der heutige AKS mit dem „historischen AKS“ ins Gespräch und diskutieren zusammen über gesellschaftliche Lage, Herausforderungen, Motivationen und Kontinuitäten zwischen damals und heute sowie über die Perspektiven einer kritischen, oppositionellen Sozialen Arbeit.

1. Politisch-historische Hintergründe der Gründungsgeschichte

Zur Gründung des ursprünglichen AKS Hamburg - 1975

Die Gründung des AKS war kein einmaliger Akt, sondern dauerte über eine längere Phase. Sie begann 1972 und wurde mit der Herausgabe der beiden Hefte 11 und 12 des Informationsdienstes Sozialarbeit 1975 beendet. Es war die Aufbruchszeit nach „68“, in der Sozialarbeit vor allem verbunden mit der Heimrevolte (1969) und dem 4. Jugendhilfetag 1970 in Nürnberg war¹. Hier präsentierte sich die Sozialarbeiteropposition zum ersten Mal als "Sozialistische Aktion" einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit – mit sehr gemischten Parolen: von Abschaffung der Heimerziehung bis zu besserer Bezahlung der Erzieherinnen und mit ungewohnten Aktionsformen: spontan eingebrachte, aber gut vorbereitete Gegenreferate, Erzwingen von Diskussionen statt langatmiger Referate, Abstimmen über Resolutionen und ähnliches.

Es war auch die Zeit, in der die antiautoritäre „Revolte“ sich in zahlreiche unterschiedliche bis gegensätzliche Gruppierungen auflöste – sich zerlegte oder sich ausdifferenzierte: je nach Standpunkt. Auf der einen Seite bildeten sich die K-Gruppen – kommunistische Kleinstparteien –, auf der anderen Seite – unter dem Schlagwort „Das Persönliche ist politisch“ – eine neue Frauenbewegung und eine Vielzahl von basisdemokratisch orientierten Gruppen. Auch die Kinderladenbewegung gehörte dazu. Unter der Parole „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!“ kamen sich als oppositionell und sozialistisch verstehende AktivistInnen vor allem aus dem Reproduktionsbereich zusammen, die in erster Linie die autoritären Strukturen in Schule, Kindergarten, Jugendzentren, aber auch in den Psychiatrien und in den Knästen aufbrechen wollten. Auch in den Gewerkschaften bildeten sich ähnlich orientierte Gruppen, zum Teil in Opposition, zum Teil in Kooperation mit den K-Gruppen². Viele dieser Aktiven organisierten sich im „Sozialistischen Büro“³, das 1968 damit begann, Interessierte nach Arbeitsfeldern zu organisieren und nicht nach Betriebs- oder Orts-Gruppen.

Bis Mitte der 1970er Jahre entstanden so die Arbeitsfelder Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen sowie Betrieb/Gewerkschaft. Jedes Arbeitsfeld gab einen eigenen *Informationsdienst* heraus. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre erreichte der *Informationsdienst Schule* eine Auflage von weit über 20.000, der Informationsdienst Sozialarbeit⁴ von über 10.000, die Zeitschrift *Express* (für den Betriebs- und Gewerkschaftsbereich, die dieses Jahr ihren 60. Geburtstag feiert) kam ebenfalls auf eine Auflage von über 10.000.

Mit dem Aufkommen der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung und – vor allem – der Gründung der Partei Die Grünen verlor das Sozialistische Büro an Bedeutung. Die Auflagen der Informationsdienste brachen dramatisch ein. Deshalb gründeten wir gemeinsam aus den drei Info-Diensten 1981 die Zeitschrift *Widersprüche*, deren aktuellstes Heft (Heft 164) das Verhältnis von Institutionen und sozialer Bewegung thematisiert – das Thema, das uns schon in der Gründungsphase bewegte: Es war der Anlass für die beiden Hefte 11 und 12 („Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit“) des *Informationsdienst Sozialarbeit*.

Die Herausgabe dieser beiden Hefte war zugleich der „Gründungsakt“ des Hamburger AKS. In der Anfangszeit 1972/1973 war dieser Arbeitskreis identisch mit der Arbeitsgemeinschaft

¹ An diesem Ereignis nahm ich sowohl als Referent und studentische Hilfskraft auf Seiten der offiziellen Organisation teil, als auch als Unterstützer der oppositionellen SozialarbeiterInnen. Ich unterstützte den Vorschlag, den ehemaligen SDS-Vorsitzenden Reinhart Wolff als Referenten der Kinderladenbewegung zu gewinnen – er spielte in der turbulenten Sprengung der Abschlusssitzung des Jugendhilfetages eine prominente Rolle.

² vergleiche die umfangreichen Recherchen von Arwed Milz & Co.: <https://sds-apo68hh.de/>

³ Siehe Abbildung Sozialistisches Büro am Ende dieses Artikels

⁴ Siehe Abbildung Info Sozialarbeit am Ende dieses Artikel

Karolinenviertel, einem Projekt der Gemeinwesenarbeit, das von BerufspraktikantInnen und StudentInnen des frisch gegründeten Fachbereichs Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg ins Leben gerufen wurde. Ich war das erste Mitglied, das von „von außen“ dazu kam.

In dieser Anfangszeit gab es eine Reihe von Treffen an der Universität Hamburg, zu denen Mitglieder des Sozialistischen Büros einluden. Sie hatten das Ziel, entsprechend dem Arbeitsfeld-Ansatz Arbeitsgruppen zu gründen. Bei einem dieser Treffen lernte ich Dietmar Schimkat und Herma Dietze⁵ kennen, die mit viel Durchsetzungsvermögen das GWA-Projekt Karolinenviertel voranbrachten. Sie fanden das Thema, über das ich promovierte („Der institutionalisierte Konflikt“ in der Jugend- und Familienfürsorge) interessant und luden mich ein, an ihren Theoriesitzungen teilzunehmen. Daraus wurden dann bald die AKS-Treffen, jeweils dienstags von 18:00 bis 20:00 Uhr, wöchentlich – bis Mitte der 1990er Jahre.

Den Inhalt dieser beiden erwähnten Hefte – die Dialektik von Institutionalisierung und sozialer Bewegung – wollten wir auf dem für 1974 in Hamburg geplanten 5. Jugendhilfetag präsentieren. Dies wollten wir sowohl im Rahmen des offiziellen Programms tun als auch als Mitglieder der Sozialistischen Aktion, die sich auf dem 4. Jugendhilfetag in Nürnberg 1970 gegründet hatte, um die „repressive und individualisierende Sozialarbeit vom idealistischen bürgerlichen Kopf auf materialistische Füße zu stellen“ – so meine Erinnerung an die Kurzfassung unserer damaligen Intentionen. Aus Furcht, die sozialistische Opposition könnte auch diesen, um Reputation und Ansehen bemühten, Fachtag sprengen, wurde die Veranstaltung abgesagt.⁶ ⁷⁸Er wurde dann vier Jahre später als 6. Jugendhilfetag in Köln durchgeführt – diesmal sogar mit Protagonisten der ursprünglichen Opposition im Vorbereitungskomitee; auch wir als Arbeitsfeld Sozialarbeit des Sozialistischen Büros wurden höflich und mit der Zusicherung voller Freiheit eingeladen (vgl. Informationsdienst Sozialarbeit, Hefte 19 und 22).

Auszug aus dem Informationsdienst Sozialarbeit, 1979, Heft 22, S. 9;
AKS Hamburg: Selbstkritische Nachlese zum (6.) Jugendhilfetag 1978 (in Köln):

Das Arbeitsfeld Sozialarbeit schließlich, weit außen in eine nicht besonders publikumswirksame Ecke gestellt, konnte ungeahnt großen Zulauf verbuchen. Nicht nur, daß das Arbeitsfeld so bekannt war und der Informationsdienst Sozialarbeit und die Arbeitsfeldmaterialien rasend weggingen, war erstaunt festzustellen, sondern auch, daß sehr viele Leute mit ganz konkreten Fragen an uns herantraten und sichtlich das Arbeitsfeld als kompetenten Gesprächspartner ansahen, freute uns, obwohl wir diese Tatsache auch darauf zurückführen müssen, daß eben vorwiegend fortschrittliche Leute auf dem Jugendhilfetag anwesend waren.

Außer dem Info-Stand hatten wir drei kleinere Aktionen vorbereitet.

1. Die szenische Darstellung des "effektiven" Systems des Helfens während der Eröffnungsveranstaltung.

Diese als kleine Provokation geplante Aktion, bei der mehrere Genossinnen und Genossen, mit Schildern verschiedene Positionen in der hierarchischen Dienstleistungspyramide der Jugendhilfe darstellend, das Podium besetzen

⁵ Beide sind – wie ich – mittlerweile schon länger RentnerInnen, beide arbeiten aber immer noch in unterstützenden Funktionen in diesem ungewöhnlichen Projekt stadtteilbezogener Sozialer Arbeit mit. Vgl. www.agkv-hh.de

⁶ Als demonstrativen Ersatz veranstalteten wir das JuPoFo – das Jugend-Politische Forum – in Frankfurt.

⁷ „Radikalen-Furcht stoppt Kongress. Aus Furcht vor Zusammenstößen mit linksorientierten und kommunistischen Gruppen ist der 5. Deutsche Jugendhilfetag in Hamburg abgesagt worden. [...] ‚Polizeischutz und Jugendhilfe sind nicht miteinander vereinbar‘, erläuterte AGJ-Pressesprecher Hans-Jürgen Wagner gestern gegenüber dem Hamburger Abendblatt. Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe befürchtete ein Umfunktionieren des seit zweieinhalb Jahren vorbereiteten Kongresses (geschätzte Kosten: 250.000 Mark) durch die ‚Sozialistische Aktion‘. In dieser Organisation, die auch in Hamburg Fuß gefaßt hat, haben sich unter anderem linksorientierte Arbeitsgruppen zusammengeschlossen. [...]“ (Hamburger Abendblatt vom 06.06.1974).

⁸ Siehe Abbildungen Jugendhilfetag am Ende dieses Artikels

sollten, wurde leider dadurch unterlaufen, daß sie von dem offenbar vorbereiteten Diskussionsleiter als Kulturbeitrag angekündigt wurde. Wir brauchten das Podium also nicht besetzen, sondern bekamen es geschenkt.
Auch gut.

2. Eine Fragebogenaktion zu den §§ 97 und 102 des geplanten Jugendhilfegesetzes. Hierzu zogen wir auffällig finster mit Schlapphüten, langen Mänteln und Sonnenbrillen als Verfassungsschützer verkleidet durch den Markt und forderten die Besucher per Megaphon dazu auf, sich und ihren Anstellungsträgern einer Gesinnungsprüfung zu unterziehen. Dazu wurde ein lustig-makaberer Fragebogen verteilt. Jeder, der ihn ausfüllte und die Prüfung bestand, bekam den Stempel "gesinnungsgeprüft" auf die Hand. Diese Aktion hat uns Spaß gemacht und die angesprochenen Besucher heiter und ernst berührt.
3. Eine Sandwich-Demo auf dem Markt zum Thema Repression im Sozialbereich:
Auf diese Aktion verzichteten wir dann letztlich, weil wir den Eindruck hatten, daß der Konsumdschungel des Marktes damit nicht mehr zu zerteilen war.

In meinem Grundkurs Soziale Arbeit schildere ich die Umstände der Auflösung der Arbeitskreise: „Daß sich die Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre auflösten, war nicht nur ein Zeichen von „Schwäche“, sondern kann umgekehrt auch als ein Hinweis auf deren relativen Erfolg interpretiert werden: Kritische Positionen wurden zum „Gemeingut“ der VertreterInnen einer sozialwissenschaftlich orientierten Pädagogik und Sozialen Arbeit, die nicht nur Impulse aus der Sozialarbeiterbewegung aufnahmen, sondern diese auch selbst wiederum stark beeinflussten. Zu nennen sind hier Helge Peters, Hans Thiersch, Hans-Uwe Otto und Lothar Böhnisch, vor allem aber C. Wolfgang Müller, Helmut Kentler, Klaus Mollenhauer und Hermann Gieseke, deren Einfluß auf die zunächst ja sehr studentisch geprägte Sozialarbeiterbewegung nicht zu unterschätzen ist. Dabei spielt insbesondere die Tatsache eine Rolle, daß diese Autoren schon in den 50er und 60er Jahren kritische Positionen entwickelt hatten, auf die die „Bewegung“ zurückgreifen konnte. Vielleicht war das auch ein Grund dafür, daß es im pädagogischen/sozialarbeiterischen Bereich nie zu derart scharfen Brüchen kam wie im Bereich der Kriminologie oder Psychiatrie.“ (Kunstreich 2014b: 89)

Timm Kunstreich

DAS SOZIALISTISCHE BÜRO - WORUM GEHT ES?

Sozialisten arbeiten heute in den Betrieben, in lokalen Gruppen, in Clubs, in Basisgruppen an den Hochschulen und Schulen, innerhalb der Jugendverbände und als kritische Gruppierungen innerhalb der 'offiziellen' Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Parteien). In dieser weit verzweigten Praxis liegt die Chance einer neuen sozialistischen Bewegung. Aber: Ergebnisse der theoretischen Diskussion, praktische Erfahrungen, Modelle spezifischer und lokaler Gruppen bleiben ohne Auswertung für die sozialistische Linke insgesamt, weil sie informationell nur unzureichend vermittelt werden. Und: noch immer fehlt es an Kooperation, die über die eigene Basisarbeit hinausgeht und wenn es darauf ankommt, in kollektiver und solidarischer Aktion über den spezifischen Gruppen- oder Arbeitsbereich hinausgehende Forderungen und Selbstorganisation durchzusetzen, dann ist die Koordination meist unzureichend. Das Sozialistische Büro will helfen, eine bessere Kommunikation und Kooperation unter der sozialistischen Linken und ihren verschiedenen Gruppierungen zu entwickeln und damit zur größeren Effektivität und zur Organisation sozialistischer Arbeit beitragen.

Deshalb machen wir "links", eine unabhängige, auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung. Deshalb haben das Sozialistische Büro und der Sozialistische Lehrerbund gemeinsam einen Informationsdienst für progressive Lehrer aufgebaut, gibt das Sozialistische Büro mit der GFP "express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" heraus. Weitere Infos für sozialistische Berufspraxis sind in ihren ersten Ausgaben erschienen, so der Informationsdienst ARBEITERBILDUNG und der Informationsdienst SOZIALARBEIT. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mittels eines Bücher- & Papiervertriebs die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten usw. Weiterer wichtiger Arbeitsbereich des Sozialistischen Büros ist die Unterstützung von Ausländergruppen in der BRD und der ant imperialistischen Dritte-Welt-Gruppen sowie die Koordination von punktuellen Aktionen im Bündnis mit anderen linken Organisationen.

In letzter Zeit kann das Sozialistische Büro eine erhebliche Ausweitung seiner Aktivitäten und seines Wirkungsfeldes verzeichnen. Das Büro und seine Projekte konnten seit dem Start vor gut zwei Jahren immerhin soweit gebracht werden, daß sie "technisch" konsolidiert sind und die zugeordnete politische Funktion immer mehr erfüllen können. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen und erweitern zu können, haben wir den "Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Wir bitten alle, die sich über ein Abonnement hinaus für das Sozialistische Büro engagieren möchten und die es sich finanziell leisten können; dem Fördererkreis beizutreten. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5.--) und erhalten regelmäßig "links" kostenlos zugesandt. Um das Sozialistische Büro als einziges ständig besetztes Bürozentrum der sozialistischen Linken auszubauen, brauchen wir neue Förderer!

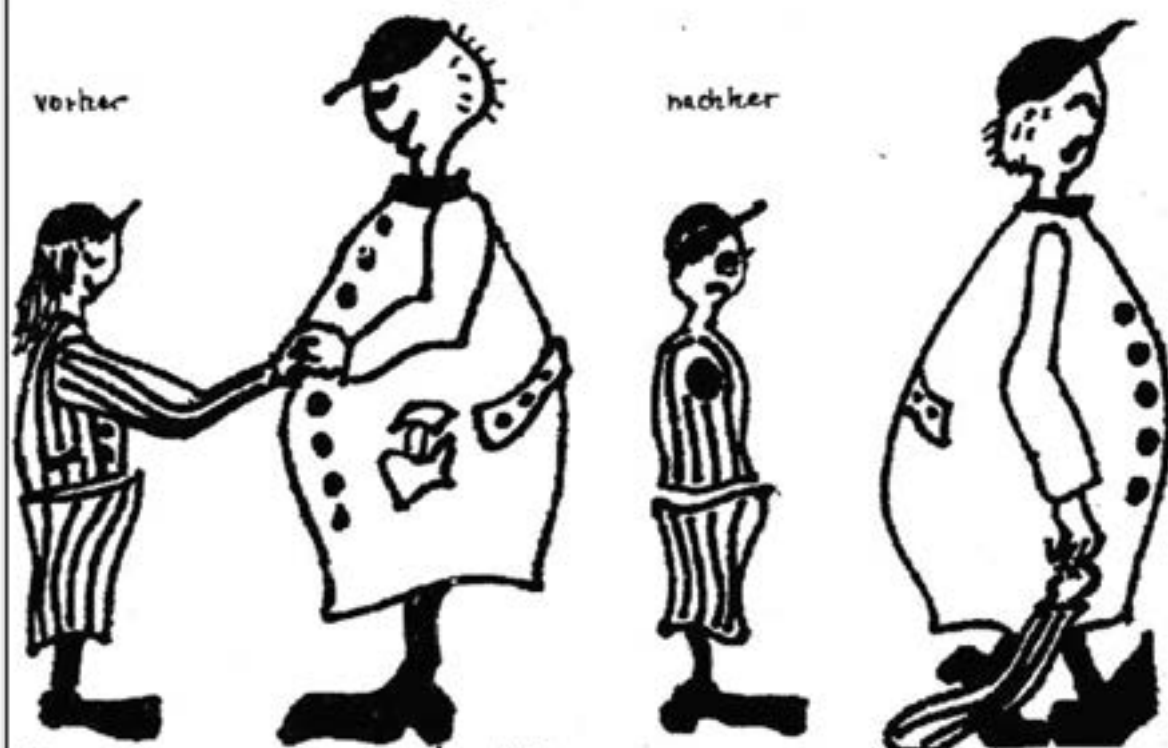
Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

INFO SOZIALARBEIT

Heft 1

Fürsorgeerziehung

STAATS- UND UNIVERSITÄTS
BIBLIOTHEK HAMBURG



'Fürsorge'erziehung im Kapitalismus

Dieser Info dient der Information und Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Gruppen und Einzelnen, die im Sozialisationsbereich arbeiten und wendet sich an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Erziehungsberatungsstellen, Kriminologen, Pfarrer, Berufsschullehrer, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten etc. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die Fürsorgeerziehung mit schwerpunktmäßiger Orientierung auf das Thema "Wohngemeinschaft mit Jugendlichen der öffentlichen Erziehung".

Einzelpreis drei Mark

**AUFRUF ZUR
SOZIALISTISCHEN AKTION JUGENDHILFETAG HAMBURG
8. - 11. SEPTEMBER 1974**

Jugendhilfetag

Nach 2jährigem Zögern veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) den 5. Jugendhilfetag in Hamburg. Die Analysen der Sozialistischen Aktion 4. DJHT hatten das Bündnis der Verbände mit der herrschenden Klasse aufgedeckt und deutlich gemacht, daß die unterprivilegierten Jugendlichen eine konsequente Vertretung ihrer Interessen von denjenigen Institutionen nicht erwarten konnten, die an ihrer Deklassierung mitwirken. Zielscheibe der Sozialistischen Aktion war die janusköpfige Politik der Träger der Sozialarbeit, die ihre Mitarbeiter mit dem Appell an den pädagogischen Idealismus zusätzlich ausbeuten und durch miserable Arbeitsbedingungen den individuellen Arbeitseinsatz der Erzieher und Sozialarbeiter etc. sabotieren. Politisches Ergebnis des JHT:
Die Entstehung mehrerer sozialistischer regionaler und überregionaler Organisationsansätze im Sozialbereich.

In dem Maße wie sich in den letzten Jahren die Klassenauseinandersetzungen in der BRD verschärften, ist das politische Bewußtsein der Sozialarbeiter gewachsen. Das zeigt sich in der solidarischen Unterstützung beim Wohnungs- und Stadtteilkampf und in der schwindenden Bereitschaft der Sozialarbeiter, sich kritiklos der Sozialbürokratie zu unterwerfen. Angesichts der ökonomischen und politischen Krisen, des wachsenden Widerstandes der Arbeiter und Angestellten gegen den Raubbau an ihrer Arbeitskraft, gegen die Steigerung der Arbeitshetze, gegen Entlassungen, Inflation und Lohndrückerei, gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen ist der staatliche Interventionsapparat heute immer mehr gezwungen, die Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrumente staatlicher Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen auszubauen, um die kapitalistischen Produktionsbedingungen zu erhalten und das Steigen der Profite zu sichern:
Politische Polizei kontrolliert in den Betrieben Arbeiter, die für die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen kämpfen, Spezialeinheiten der Polizei zerschlagen Wohnkollektive und räumen als Handlanger privater Baulöwen besetzte Häuser.

Von der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen bleiben die Sozialarbeiter und Erzieher nicht ausgenommen. Sie werden ebenso wie fortschrittliche Arbeiter, Jugendvertreter, Vertrauensleute, Lehrer, Juristen etc. in ihren Tätigkeitsfeldern diszipliniert und mit Entlassungen und Berufsverbot bedroht.

Die Widersprüchlichkeit der Sozialarbeit als Versorgungs- und Disziplinierungsinstrument staatlicher Politik, die reale Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse greift die AGJ
ebensowenig auf wie die aktuellen Kämpfe der Arbeiterbewegung und die 85

politischen Konflikte im Sozialbereich,
Das Thema für den Hamburger Jugendhilfetag:
"Jugend und Recht"

wurde von der AGJ gewählt, da eine "umfangreiche Neukodifizierung des Jugendgesetzgebungsbereiches ansteht, auf die man mit der breitesten Ebene des Forums Jugendhilfetag reagieren sollte".

Der Jugendhilfetag hat für die etablierten "Verwalter der Jugend" eine wichtige Funktion. Aus den vorgesehenen Fragestellungen und dem geplanten Ablauf geht hervor, daß der JHT der scheindemokratischen Legitimation der Jugendpolitik der Regierungen und der Verbandsführungen dient und zugleich die Loyalität der "Fachbasis" gegenüber dem bürgerlichen Staat sicherstellen soll. Er soll den Eindruck entstehen lassen, die Masse der mit Kindern und Jugendlichen beruflich befaßten Sozialarbeiter und Sozialpädagogen könne bei der "hohen Jugendpolitik" mitreden und mitentscheiden.

Die vorgesehenen Themenbereiche in den 4 Sozialisationsfeldern:

- Familienerziehung
- Außerfamiliäre Erziehung
- Freizeit und außerschulische Jugendarbeit
- Ausbildung und Beruf

zielen auf eine "Verrechtlichung" und "Verfachlichung" der Diskussion und damit auf die Leugnung materieller Interessen und die Verharmlosung und Neutralisierung gesellschaftlicher Widersprüche ab.

Die Aufsplitterung des Jugendhilfetages in kleinste Diskussionszirkel wird mit dem Bedürfnis vieler Sozialarbeiter nach überregionalem Erfahrungsaustausch legitimiert, zielt aber darauf ab, die Artikulation gemeinsamer Interessen und ihre Durchsetzung zu verhindern.

Aufgabe der SOZIALISTISCHEN AKTION ist es:

- Den scheindemokratischen Charakter des Jugendhilfetages zu entlarven.
- Die "fachlichen" Fragestellungen der AGJ in ihrem politischen Zusammenhang zu diskutieren.
- Den Jugendhilfetag zu benutzen, sozialistische Jugendpolitik darzustellen und den Organisationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen voranzutreiben.
- Auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen.

Wir fordern auf:

- Kommt zum Jugendhilfetag in Hamburg
- Bildet regionale Vorbereitungsgruppen
- Erzwingt in den Dienststellen Diskussionen zum Jugendhilfetag
- Kommt zum nächsten Vorbereitungstreffen nach Hamburg

Kontaktadresse: INFO SOZIALARBEIT IM SOZIALISTISCHEN BORO
605 Offenbach, Hohe Str. 28, Postfach 591

SOZIALISTISCHE AKTION
JUGENDHILFETAG HAMBURG

Nächstes Vorbereitungstreffen
26. - 28. April 1974 in Hamburg

Anmeldungen:

Info Sozialarbeit
im Sozialistischen Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

5. Deutscher Jugendhilfetag

AGJ ließ Jugendhilfetag platzen
Wir waren ihnen ein Dorn im Auge

Sozialistische Aktion



Die AGJ benutzt ferner die Absage, um kritische Sozialarbeiter zu disziplinieren und zu diffamieren, indem sie behauptet, die in der Sozialistischen Aktion repräsentierten Sozialarbeitergruppen wollten "die freiheitlich demokratische Ordnung unseres Staates" und die betreuten Kinder und Jugendliche "in Wahrheit doch nur für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele mißbrauchen". Mit dieser Erklärung hat sich der AGJ-Vorstand zum Vorreiter der Kräfte gemacht, die seit dem Hamburger Radikalenerlaß fortschrittliche Pädagogen mit juristischen und polizeilichen Mitteln und Berufsverböten bedrohen. Damit hat auch der AGJ-Vorstand seine im "Offenen Brief an die Sozialistische Aktion" angekündigte Stellungnahme zum Thema "Berufsverbote, politische Disziplinierungen" abgegeben.

Abbildung Jugendhilfetag (Informationsdienst Sozialarbeit Heft 5, 7, 1974)

Zur Gründung des neuen AKS Hamburg - 2011

Um über das Jahr 2011 und die Gründung des AKS Hamburg zu sprechen, sind zwei kurze Vorbemerkungen bzw. Rückblicke notwendig: zum einen auf die politischen und gesellschaftlichen Kontexte und zum anderen auf die Gründung des bundesweiten AKS im Jahr 2006 in Treysa.

Zentrale politische und gesellschaftliche Kontexte waren die Entwicklungsdynamiken in der Sozialpolitik und Sozialen Arbeit in Folge der Neuen Steuerung und Ökonomisierung, die in den 1990ern begonnen haben und in den 2000ern als Transformation des Sozialstaats in einen aktivierenden mit seinem Motto „*Fördern und Fordern*“ kulminierten. Damit wurden, so Roland Anhorn, der neben Frank Bettinger einer der zentralen Gründungsprotagonist*innen des Bundes-AKS, „*die Bedingungen, das Selbstverständnis und die Handlungsorientierungen der Sozialen Arbeit in grundlegender Weise verändert*“ (2017:90): Mit der Zuschreibung individueller Verantwortung für soziale Konflikte sowie für deren Lösung war eine neue und verschärfte Individualisierung der sozialen Frage verbunden.

Das hat uns und unsere Kritik als Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen – ich habe in dieser Zeit mit und in Folge meiner Promotion aus der Praxis in die Wissenschaft gewechselt – massiv geprägt und beschäftigt: in der sich verändernden Praxis, im fachpolitischen Diskurs und in der Analyse, nicht ohne Kontroversen auch unter den sich als kritisch verstehenden Akteur*innen.

Vor diesem Hintergrund wurde der bundesweite AKS in mehreren Tagungen gegründet und etabliert, um die verstreuten und „vereinzelten“ Aktivitäten und Akteur*innen einer im weitesten Sinne kritischen Sozialen Arbeit zusammenzubringen – in einen kollektiven Arbeits- und Denkkontext (ausf. ebd.). Diese Assoziation und die mehrtägigen Treffen mit intensiven Austauschmöglichkeiten waren – sicher nicht nur für mich – ein wichtiger Ort der Verständigung, Auseinandersetzung, v.a. aber auch der Vergewisserung und Stärkung der eigenen Kritik und Positionierung.

Die in den folgenden Jahren entstehenden regionalen AKS-Gruppen waren ursprünglich nicht angedacht oder angestrebt. Rückblickend können diese – durchaus unterschiedlichen – lokalen Initiativen als einer der Haupteffekte der bundesweiten Initiative betrachtet werden.

Wie der Bundes-AKS haben auch wir im Hamburger AKS uns ausdrücklich auf die ursprünglichen AKS berufen und uns in deren Tradition gestellt. Der AKS Hamburg versteht sich als Ort „*für in der Sozialen Arbeit Tätige und Interessierte, Praktiker_innen, Mitarbeitende und Studierende. Wir engagieren uns als politische denkende Menschen und nicht als Vertreter_innen einer Institution oder eines bestimmten Trägers. Damit führen wir die Tradition aus den 70er und 80er Jahren fort*“. So steht es nach wie vor auf der Homepage.⁹

Neben den eingangs skizzierten gesellschaftlichen und (sozial)politischen Kontexten waren für die Gründung des Hamburger AKS im Jahr 2011 in meiner Erinnerung drei Aspekte zentral:

1. als konkreter Anlass: eine sehr gut besuchte Vortragsreihe der Zeitschriften *Widersprüche* und *express* im Centro Sociale¹⁰, in der
2. das gefühlte Fehlen einer übergreifenden kritischen Initiative der gesamten Sozialen Arbeit in der Hansestadt (und nicht einzelner Handlungs- oder Arbeitsfelder) diskutiert wurde – für den notwendigen Austausch und die gegenseitige Stärkung im Alltag und das (fach-)politische Agieren sowie als konfliktfähiges Bündnis und Sprachrohr.

⁹ <https://akshamburg.wordpress.com/about/>

¹⁰ Siehe Abbildung Einladung zum Sozialistischen Salon am Ende des Artikels

3. Dazu kam das in der Jugendhilfe besonders sichtbare repressive Erbe der CDU-Schill-Koalition in Hamburg: etwa das Handlungskonzept gegen Jugendgewalt, das auch das Thema der ersten größeren Veranstaltung des Hamburger AKS¹¹ war.

Die eigentliche Gründung war wenig spektakulär, auch weil sie in der damaligen Situation in gewisser Weise selbstverständlich erschien – es war notwendig und dran: Relativ spontan im Anschluss an einen der Vorträge der oben erwähnten Reihe – mit dem Thema Zwang und Repression in der Sozialen Arbeit – habe ich Interessierte aus Hochschulen, aus der Praxis und von wahlverwandten kritischen Initiativen eingeladen. In einem Besprechungsraum an der HAW Hamburg haben wir, etwa zehn Mitstreiter*innen, beschlossen, den AKS Hamburg zu gründen. Entsprechend war der AKS zunächst eher hochschullastig und bestand vorwiegend aus Studierenden und Lehrenden. Im Laufe der Zeit wurde er – mehr als andere regionale AKS – auch ein Ort für kritische Praktiker*innen und den Austausch zur konkreten Bewältigung und Veränderung der Bedingungen.

Die Zusammensetzung in den letzten 11 Jahren hat auch bezüglich der Zahl der Aktiven stark variiert: zeitweise waren wir über 30 Menschen, die sich regelmäßig getroffen haben, zweitweise nur eine Handvoll (ich selbst bin seit einigen Jahren nicht mehr Teil des ‚harten Kerns‘). Auch die Themen und Schwerpunkte waren unterschiedlich, wie die folgenden Beiträge illustrieren. Als Teil des Rückblicks nenne ich hier dennoch schlaglichtartig zentrale Auseinandersetzungen: Armut und Hartz IV sowie die Etablierung der Jugendberufsagenturen; repressive Formen Sozialer Arbeit – insbesondere in der Jugendhilfe und Heimerziehung; die Reformen des SGB VIII; Sozialraumorientierung und Versuche der Steuerung der Hilfen zur Erziehung; Commons und soziale Infrastruktur; Privatisierung und Dualisierung der Studiengänge in Hamburg und bundesweit.

Diese und weitere Entwicklungen hat der Hamburger AKS diskutiert, analysiert, beforscht und kritisiert. Im Kreis der Aktiven, in Stellungnahmen und Veranstaltungen – in Hamburg, aber auch auf den Bundeskongressen Soziale Arbeit und an anderen Orten. Oft und von Beginn an in enger Vernetzung mit anderen kritischen Initiativen aus der Hamburger Sozialen Arbeit und sozialen Bewegungen, so zum Beispiel mit dem Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung, der AG Soziales, der SOPO¹² und dem Hamburger Netzwerk SGB II Menschen-Würde-Rechte.¹³

Schließen will ich den Rückblick auf die Gründung – auch weil es in den regionalen AKSen nicht selten und keinesfalls bundeseinheitlich diskutiert wird – mit dem Verständnis des Hamburger AKS, was kritische Soziale Arbeit ist:

„eine Soziale Arbeit, die

- sich gegen soziale Ungleichheit wendet und deren Legitimation und Verfestigung aufdeckt,*
- gesellschaftliche Interessenkonflikte und Machtunterschiede deutlich macht, sowie grundsätzlich Macht- und Herrschaftsstrukturen analysiert und kritisiert, und die*
- sich von den Zumutungen individualisierender und ordnungspolitischer Problembeschreibungen und -lösungen distanziert.“¹⁴*

Tilman Lutz

¹¹ <https://akshamburg.wordpress.com/category/handlungskonzept-gegen-jugendgewalt/>

¹² Sozialpolitische Opposition

¹³ Homepage des Hamburger Netzwerk SGB II: <https://hamburgtrautsichwas.de/>

Homepage des Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung: <https://www.geschlossene-unterbringung.de/>

¹⁴ <https://akshamburg.wordpress.com/about/>

Repressive Wende in der Sozialen Arbeit? Zwang und Erziehung. Irrwege in der Jugendhilfe.

SOZIALISTISCHER SALON MIT TILMAN LUTZ

Der Umbau des Wohlfahrtsstaates zum aktivierenden Sozialstaat bzw. Sicherheitsstaat beinhaltet und verschärft die Bindung von Hilfe an Wohlverhalten. Paradebeispiel für die Zunahme von Zwangs- und Kontrollmaßnahmen bleiben die immer wieder verschärften Regeln für ALG II Empfänger und deren drastische Sanktionierung bei Fehlverhalten.

Diese repressive Wende folgt dem Leitziel des aktivierenden Sozialstaates – Stärkung und Aktivierung der individuellen Eigenverantwortung der Bürger und Zivilgesellschaft – und wird auch in anderen Bereichen der Sozialen Arbeit sichtbar: Im Einschluss in Time-out-Räumen; in Trainingscamps, in denen bis an die Leistungsgrenze resozialisiert wird; in der Formel des Abschieds von der „Kuschelpädagogik“ und dem „Lob der Disziplin“. Auch Schule, Jugendarbeit und

**DONNERSTAG
26. Mai**
19:00 Uhr Centro Sociale

-hilfe sind Teil dieser Wende und der Renaissance des Zwangs, die in gesellschaftliche Veränderungen eingebettet ist: Inzwischen wird (auch) in der Bundesrepublik von einer Kultur der Punitivität gesprochen, von einem Paradigmenwechsel von sozialer Integration zu sozialem Ausschluss in Kriminal- und Sozialpolitik.

Diese Entwicklung bleibt nicht auf die politischen Debatten und Steuerungen beschränkt. Auch in der Fachwissenschaft und Profession wird zunehmend eine Affirmation der Enttabuisierung und Legitimation von Zwang in der Erziehung bzw. Jugendhilfe deutlich. Nicht nur von neoliberaler oder konservativer Seite, sondern auch mit explizit sozialpädagogischen Argumenten – im Interesse der Jugendlichen. „Die Zeiten träumerischer, völlig zwangsfreier und einer nur auf Selbstbestimmung setzenden Pädagogik waren lange in Mode, sind aber vorbei.“ Was sind die Hintergründe dieses Wandels und wodurch zeichnet er sich aus? Wie verhalten sich diese fachlichen Begründungen zu den öffentlichen und politischen Debatten sowie den gesellschaftlichen Veränderungen? Welche Konsequenzen zeichnen sich für die Profession Soziale Arbeit ab und sind Widerstandspotenziale und -trends sichtbar?

Dr. Tilman Lutz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis gGmbH und Redaktionsmitglied der Zeitschrift Widersprüche.

Zum Sozialistischen Salon im Centro Sociale in Hamburg laden ein Redaktionen der Zeitschriften **express** und **WIDERSPRÜCHE**.

Lesexemplare im Internet:

www.express-afp.info

www.widersprueche-zeitschrift.de

V.i.S.d.P.: A. Bachmann (Hamburg) Redaktion Express Nordstraße 64, 40329 Frankfurt am Main, Kontakt: express-afp@vnet.de, Telefon 069 679984

SALON

2011 IM CENTRO SOCIALE

Zwei Zeitschriftenredaktionen bitten zur Diskussion

Die Zeitschriften **express** und **Widersprüche** kommen aus der Tradition der undogmatischen Linken der 1960er- bis 1980er-Jahre, namentlich dem Sozialistischen Büro.

Ihre Redaktionen bearbeiten aus unterschiedlichen Perspektiven Fragen nach der Produktion unserer sozialen und politischen Verhältnisse.

Im **express** werden die Konflikte der Lohnarbeit um die Produktionsverhältnisse aufgedeckt.

In den **Widersprüchen** wird überwiegend erörtert, wo und wie sich die Gestaltung des Sozialen in der kapitalistischen Gesellschaft bricht oder erhalten kann.

Der Salon lädt zum Gespräch mit Autorinnen und Autoren der Zeitschriften ein. Die Themen Klassenverhältnisse, Gesundheit, Arbeiterinnenbewegung in China und Zwang in der sozialen Arbeit lassen auf gute Unterhaltungen hoffen.

20. Januar, 24. März und 26. Mai 2011

Immer um 19:00 Uhr im CENTRO SOCIALE

Sternstraße 2

20357 Hamburg

Nähe U-Bahn Feldstraße



Abbildung Einladung zum Sozialistischen Salon, 2011 im Centro Sociale

2. Heimkampagne

Subjektorientierung statt Norm und Abweichung Verarbeitung der Heimrevolte 1969/1970

„Ich hatte bis dahin (bis zum Beginn meines Studiums 1967 - TK) mit Heimerziehung insofern zu tun gehabt, als in meinem Elternhaus (evangelisches Pfarrhaus) sehr viele sogenannte Abpraller auftauchten. Abpraller waren diejenigen, die entweder aus dem Heim rausgeworfen wurden oder die von dort abgehauen waren. Aus meiner persönlichen Erfahrung war Heimerziehung etwas, was absolut unsinnig, repressiv und gemein war. 1968/1969 studierte ich u.a. am Sozialpädagogischen Zusatzstudium in Hamburg. Dort bin ich mit der Heimsituation insofern in Berührung gekommen, als wir den Auftrag von einem Heim in Pinneberg bekamen, einen Beobachtungsbogen zu entwickeln, mit dem die Entwicklung der Insassen besser festgehalten werden konnte.

Das macht sehr deutlich, daß es eine starke soziale Distanz zwischen Erziehern und Insassen gab. Mir war dieser Widerspruch damals aber gar nicht aufgefallen, bzw. ich konnte oder wollte ihn nicht sehen. Der weitere Widerspruch war, auf der einen Seite zu wissen, was das Heim für Menschen bedeutet, daß sie darunter leiden, und auf der anderen Seite an einem mehr oder weniger fraglichen Beobachtungsbogen mitzuwirken, in dem der Beobachtete nicht mehr als handelndes Subjekt vorkommt, sondern als jemand, der registriert wird, indem seine Auffälligkeiten unter bestimmten Kriterien subsumiert werden. Es wurde z.B. versucht, zwischen psychotischer und neurotischer Verwahrlosung zu unterscheiden. Diese Widersprüche waren mir zunächst nicht bewußt. Diesen Zwiespalt, den ich und meine Kommilitonen spürten, konnten wir damals nicht ausdrücken. Bewußt geworden ist uns das erst, als wir von der Heimrevolte hörten, daß Heimzöglinge nicht einfach einzeln still und heimlich abgehauen sind – wie das sonst immer passierte –, sondern daß es einen kollektiven Aufstand gegen diese Unterdrückung gab. Das hat uns Studenten die Augen für die Lebenssituation von Jugendlichen in Heimen geöffnet.“ (Kunstreich 2014b:79)

Dieses Aha-Erlebnis hatte Konsequenzen. Nicht nur, dass wir uns in der Vorbereitung des 4. Jugendhilfetages im Mai 1970 in Nürnberg auf Seiten der Veranstaltenden **und** der Opposition engagierten, sondern dass der Fachschaftsrat des Sozialpädagogischen Zusatzstudiums (SPZ) auch einen Delegierten zur sogenannten „Randgruppenkonferenz“ nach Berlin im Februar 1970 entsandte. Dieser Kommilitone kam entsetzt und enttäuscht zurück. Statt über die Perspektive zu diskutieren, die Herbert Marcuse in die Diskussion eingebracht hatte, nämlich dass die Hegemonie kapitalistischer Strukturen und die Dominanz der dazugehörigen Lebensweisen nur von den Rändern der Gesellschaft her angegriffen werden könnte und von daher eine Perspektive der gesamtgesellschaftlichen Veränderung zu erarbeiten sei, kam es ganz anders. Die Konferenz in Berlin – mit über 100 Teilnehmenden und Delegierten aus der ganzen Bundesrepublik – beschloss sogar das genaue Gegenteil: Es habe keinen Sinn, sich mit dem „Lumpenproletariat“ abzugeben, wir müssten dort wieder anfangen, wo es in den zwanziger und dreißiger Jahren geendet hat: im Aufbau einer starken, dieses Mal einheitlichen Arbeiterbewegung unter der Führung einer starken Arbeiterpartei. Um diese Funktion stritten sich jetzt eine ganze Reihe von K-Gruppen. Jugendliche aus den Heimen, mit denen wir zu tun hatten, fühlten sich ein weiteres Mal verraten und verkauft.¹⁵

Die Aufarbeitung dieses Konfliktes machte allerdings deutlich, dass auch die Randgruppen-Option die Jugendlichen (ebenso wie andere Adressat*innen Sozialer Arbeit) instrumentalisieren würde. In intensiven Diskussionen, nicht nur am SPZ, sondern nun besonders im entstehenden AKS, kamen wir zu der für mich bis heute gültigen Schlussfolgerung: Jegliche

¹⁵ Vergleiche dazu den Bericht von Peter Jürgen Boock in meinem Grundkurs Soziale Arbeit Bd. II (Kunstreich 2014b:76–85)

Veränderung in der Sozialen Arbeit kann nur **mit** den Adressat*innen geschehen, jede paternalistische Haltung des „Für“ führt dazu, immer wieder dieselben repressiven Strukturen zu reproduzieren, bestenfalls zu modernisieren.

In unserem Beitrag in Heft 11 des Informationsdienstes Sozialarbeit formulierten wir diese Position zugleich als eine deutliche Kritik an der bis heute dominanten Dreiteilung der Methoden der Sozialarbeit. Ohne schon den Begriff „Arbeitsprinzip“ zu kennen, verabschiedeten wir die Einzelfallhilfe und die Gruppenarbeit zugunsten eines sozialräumlichen Ansatzes, den wir aus der Auseinandersetzung um die Unterschiede von Gemeinwesenarbeit, Stadtteilarbeit und stadtteilorientierter Sozialarbeit gewonnen hatten:

Gemeinwesenarbeit sei danach unter zwei Gesichtspunkten kritisch zu sehen, zum einen hinsichtlich der Illusion, die im Begriff Gemeinwesen steckt (Assoziation zu „Volksgemeinschaft“), zum anderen wegen der Engführung als dritte Methode (nach Einzel- und Gruppenarbeit).

„Im Unterschied zur stadtteilbezogenen Sozialarbeit, die vom 'Subjekt' Sozialarbeiter ausgeht, wird Stadtteilarbeit vom 'Subjekt' Bewohner initiiert und organisiert. Diese Trennung ist nicht statisch zu sehen und sie schließt sich nicht gegenseitig aus. Beide Ansätze sind vielmehr als ergänzende bzw. miteinander zu verbindende Strategien zur Interessenwahrnehmung anzusehen“ (AKS Hamburg 1975:10).

Diesen sozialräumlichen Ansatz konkretisierten wir als AKS 1979/1980 im Zusammenhang mit der Diskussion um die Neuorganisation Sozialer Dienste im Konzept der Regionalen Arbeitsgruppe (RAG), die für ihren Stadtteil umfassend zuständig sein sollte. *„Dabei ist nicht von bestehenden Verwaltungsgrenzen auszugehen, sondern von der sozio-ökonomischen Struktur, den historischen und geographischen Gegebenheiten eines Stadtteils – insgesamt also von den Lebenszusammenhängen der Bevölkerung“ (AKS Hamburg 1980:32).* Diese Position vertieften wir in den folgenden Jahren (siehe unsere Beiträge in der Zeitschrift Widersprüche¹⁶); diese Option vertiefen und differenzieren wir weiter auch im „jungen“ AKS.

Exkurs: Konsequenzen dieser sozialräumlichen Orientierung für die Entwicklung sozialpädagogische Arbeitsfelder in Hamburg in den 1980er Jahren

In dem Maße, wie Fachkräfte mit einem derartigen sozialräumlichen Verständnis in die zentralen und bezirklichen, staatlichen und freien Träger der Hansestadt „einsickerten“ und an Einfluss gewannen, wurde die Sozialraumorientierung zu einer Art „Paradigma“.

Bis heute unvergessen ist der „Paukenschlag“, mit dem die geschlossene Unterbringung wie überhaupt die traditionellen Fürsorgeheime abgeschafft wurden: Mit zwei großen Veranstaltungen in der Markthalle (1981/1982)¹⁷ konnte eine Koalition von „oben“ (Senator und leitende Fachleute) und „unten“ (Zöglinge und Erzieher*innen aus den „Letzt-Stationen-Heimen“) durchsetzen, dass die zukünftige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bzw. deren Familien sich an deren Lebensverhältnissen zu orientieren hatte und nicht an abstrakten Ordnungsvorstellungen, vor allen Dingen nicht mehr an solchen von Norm und Abweichung.

Lebensweltorientierung und Sozialraumorientierung sollten in Jugendwohnungen, Kinderhäusern und vergleichbaren dezentralen Einrichtungen Situationen schaffen, in denen Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht in ihren Familien leben konnten, sollten oder wollten, ein möglichst „normales“ Alltagsleben führen, z. B. möglichst ohne Wechsel der

¹⁶ Heft 142, 2016: "KIDS muss bleiben - Räume im Bieberhaus zurück in städtische Hand bringen"

Heft 134, 2014: Care-Konferenz 2014 - Wo ist die Revolution?

Heft 8, 1983: Alternative Sozialpolitik als antihegemoniale Strategie

Heft 2, 1982: Die sieben Todsünden des Sozialstaatsbürgers ... welche aber den Sozialstaat erhalten

¹⁷ Siehe Abbildung Markthalle nach diesem Artikel

Schule (wie es z.B. der freie Träger SME, Soziale Milieunahe Erziehung, schon länger vor-machte). „Weder Therapie noch Strafe!“ lautete das Paradigma der sozialpolitisch orientier-ten Jugendhilfepolitik der 80er Jahre in Hamburg. Der „Verschiebebahnhof Jugendhilfe“ sollte überwunden werden, geschlossene Heime wurden aufgelöst und mit dem Verzicht auf stigmatisierende Zuschreibungen und Diagnosen wurden Heim-, Psychiatrie- und Knast-karrieren verhindert. Dies wirkte sich auch auf andere Bereiche der Jugendhilfe liberalisie-rend aus. Dass eine repressionsfreie Jugendhilfe erfolgreich ist, zeigen die Ergebnisse einer externen Untersuchung durch Reinhold Schöne (1991).

Dass „Sozialraum“ die Netze meint, die Menschen untereinander knüpfen und nicht den geographischen Ort einer administrativen Grenzziehung, wird deutlich, wenn wir uns die entsprechenden sozialräumlichen Ansätze in anderen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit in den 1980er Jahren in Hamburg ansehen:

- In der Behindertenhilfe hieß Normalisierung nun nicht mehr Anpassung der Person an eine angeblich normale Umwelt, sondern umgekehrt: Anpassung (sprich: Norma-lisierung) der Umwelt an die Person;
- diese Diskussion wurde auch in den Kitas geführt; dort scheiterte allerdings das, was heute unter Inklusion verstanden wird, am Eigeninteresse des Betriebsrates der Vereinigung bzw. der Beschäftigten;
- in der offenen Kinder- und Jugendarbeit wurde das Konzept einer „mobilen Jugend-arbeit“ diskutiert, das die finanzielle und personelle Autonomie regionaler Zusammen-hänge deutlich gestärkt hätte (auch dieses scheiterte am Widerstand der Fachbasis);
- in der Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen gelang es, mit dem Konzept der „Diversion“ ca. die Hälfte der Strafverfahren konsequenzenlos einzustellen und die „Verknastungsquote“ deutlich zu senken (es ging vor allem darum, kriminelle Karrie-ren so früh wie möglich abzubrechen);
- gegen den heftigen Widerstand der „Behandler“ wurden in der Drogenarbeit erste akzeptierende Ansätze realisiert.
- 1988/1989 wurde eine Fachliche Weisung (heute: Global-Richtlinie) diskutiert und in Kraft gesetzt, die die Gemeinwesenorientierung in den Allgemeinen Sozialen Diensten fördern sollte und sie verbindlich machte (ausführlich zu diesen Tendenzen: Kunstreich 1994).

Den Stand der damaligen fachlichen Diskussion repräsentiert eine Fortbildung, die ich im Frühjahr 1989 zusammen mit Helmut Becker¹⁸ (von der Universität Frankfurt) im Victor-Gollancz-Haus in Reinbek durchführte. Unter dem Titel „Nicht-behandlungsorientierte Methoden in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik“ führten wir ein einwöchiges Planspiel durch, das zum Ziel hatte zu klären, ob die Sozialpädagogische Familienhilfe tatsächlich das leisten könne, was sich ihre Propagandisten von ihr versprochen, und ob nicht andere, allerdings nicht so populäre, Ansätze sinnvoller wären. Diese Veranstaltung wurde zum Politikum, hatte doch bis dahin die Leitung des Amtes für Jugend (Landesjugendamt in Hamburg) gerade diese alternativen Ansätze unterstützt und an einem Konzept gearbeitet, das eine Weiterentwicklung der Regionalen Arbeitsgruppe z.B. zu Stadtteilzentren vorsah. Nicht lange nach dem Planspiel wechselte die Leitung des Amtes für Jugend: Nun wurde die ganze Palette der Erziehungshilfen der späteren §§ 28 ff. KJHG zur offiziellen Politik des Amtes. Das Vorwort der neuen Amtsleitung zum Heft 17 der „Dokumente und Materialien der Sozialpädagogischen Fortbildung“ macht diesen Strategiewechsel deutlich. Im Kern ging es also darum, welchen Weg die Soziale Arbeit in Hamburg zukünftig gehen solle, einen eher

¹⁸ Vgl. den Vorspann zu Bd. II des Grundkurses Soziale Arbeit (Kunstreich 2014b). Ich war von 1986-1992 Leiter der Sozialpä-dagogischen Aus- und Fortbildung des Amtes für Jugend in Hamburg.

sozial-technologischen („Für“) oder einen eher sozial-partizipativen („Mit“). In dem einführenden Thesenpapier spitzten Helmut Becker und ich das wie folgt zu:

„Der sozial-technologische Ansatz [...] tendiert zum Ausbau und damit zur Expansion des bestehenden Systems von institutionalisierter Sozialpädagogik/Sozialarbeit durch jeweils neue Problemdefinitionen, Behandlungsansätze und auf sie bezogene formalisierte Aus- und Fortbildungsangebote (zur Zeit zum Beispiel in den Bereichen Familienhilfe, Altenhilfe, Aids-hilfe). Der sozial-partizipative Ansatz problematisiert diese Entwicklung zu immer weitergehender Institutionalisierung mit ihren negativen Folgen der Produktion von abweichendem Verhalten. Er fordert stattdessen den Umbau des bestehenden Systems institutionalisierter Sozialpädagogik/Sozialarbeit in Richtung auf Lebenslagen- und Stadtteilorientierung im Sinne der Bereitstellung von Ressourcen und Vernetzungsansätzen (zum Beispiel als Stadtteilzentren) mit dem Ziel der Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen“ (1989:4 f.).

In dem Planspiel selbst wurde anhand einer Fallkonstellation deutlich, dass institutionalisierte Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) eher finanzielle und professionelle Eigeninteressen verfolgt als den Wünschen, Vorstellungen und Problemdefinitionen der Adressat*innen. In einem Arbeitspapier stellt der AKS Hamburg das Konzept eines Stadtteilservices vor, der auf Unterstützung, Entlastung, Kommunikation und Teilhabe basiert, der also den bekundeten Willen und das geäußerte Interesse der AdressatInnen zum Ausgangspunkt nimmt.

Es ist bekannt, wie die Geschichte weiterging: Das Modell „Ausbau“ dominiert bis heute ungebrochen, das Modell „Umbau“ läuft in Gefahr, als Sparmodell missbraucht zu werden. Eine sozialräumliche Orientierung als politisches und als Fachkonzept hat nur eine Chance, wenn sie genügend Gründe liefert, dass sowohl Fachkräfte als auch Nutzer*innen sich dafür einsetzen. Ein derartiger Bezugspunkt könnten „Orte der verlässlichen Begegnung“ sein, wie sie auch die Redaktion der Zeitschrift FORUM konzipiert:

„Ein wesentliches Qualitätsmerkmal sozialräumlicher Jugendhilfe sind offene Orte, die sowohl einladend und für die NutzerInnen geeignet sind, sich dort auszutauschen und voneinander zu lernen, als auch um dort alltagsbezogene Beratung, Entlastung und Unterstützung durch Professionelle in jeweils bedarfsgerechter Form in Anspruch nehmen zu können. Die besondere Wirksamkeit der sozialräumliche Entsäulung liegt in der direkten Verknüpfung stärkender, aktivierender und ermutigender 'Orte der verlässlichen Begegnung' mit alltagsunterstützenden flexibel einzusetzenden Hilfsangeboten mit jeweils angepasster Intensität“ (2011:12).

Timm Kunstreich

HEIMKARRIERE

Die Würde des Kindes ist unantastbar?

EINE SOZIALKRITISCHE VERANSTALTUNG
DER MARKTHALLE AM HAUPTBAHNHOF



16. - 18. APRIL 1980

Abbildung Markthalle

Zur Heimkampagne heute

Die positiven Errungenschaften der Sozialpolitik der 80er Jahre in Hamburg wurden im Zuge der neoliberalen Umstrukturierungen zurückgedrängt. Mit den Folgen dieser Umstrukturierungen und damit auch der Ökonomisierung des Sozialen haben wir uns im AKS intensiv beschäftigt. Anhand vieler Erfahrungen und Beispiele haben wir den wieder erstarkenden Einzug von Methoden der „Schwarzen Pädagogik“ diskutiert - nun in einem modernen, neoliberal geprägten Gewand.

Den Nährboden für solche Methoden bietet eine extrem defizitäre und auf das Verhalten von jungen Menschen fokussierte Betrachtungsweise, die mir sowohl während meines Studiums als auch in der Praxis immer wieder begegnete. Als ein Beispiel hierfür kann meine Tätigkeit in einem Projekt mit jungen Menschen dienen, die oft aus eigenen subjektiven Erfahrungen ein sehr distanziertes Verhältnis zur Jugendhilfe aufgebaut hatten. Einige entschieden sich deswegen dauerhaft oder zeitweilig für die Straße als Lebensmittelpunkt – andere hatten auf Grund ihrer bisherigen Jugendhilfekarriere und der damit einhergehenden „dicken Akte“ Schwierigkeiten überhaupt noch irgendetwas zu finden, das ihrem Willen noch wenigstens ansatzweise entsprach. Viele Unterstützungsmöglichkeiten wurden dann erst recht an vorher von den jungen Menschen zu erfüllende Bedingungen geknüpft. Oftmals ohne die Bedingungen zu reflektieren, die die Hilfe überhaupt erst notwendig gemacht hatten.

Wenn es dann nach längerer Suche z.B. Möglichkeiten für einen Platz in einer Wohngruppe gab, bekamen die Jugendlichen die Auflage, vorher eine Drogentherapie zu machen, wenn sie z.B. Cannabis konsumierten. Nicht einbezogen wurde, welche subjektiven Gründe die jungen Menschen für den Konsum der Drogen hatten. Das mag aus Sicht der Wohngruppe seine Gründe haben, aber ob die Therapie als Bedingung wirklich einen Mehrwert darstellt und an die Gründe des Konsums geht, bleibt offen.

Statt also Verhältnisse unter denen Menschen leben müssen zu bearbeiten, wird versucht, das Verhalten zu bearbeiten. In diesem Sinne diskutierten wir im AKS die starke Zunahme von verhaltensmodifizierenden Maßnahmen, die das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe in verschiedenen Ausprägungen und Formen betrifft: sei es die „stille Ecke“ oder das Arbeiten mit Straf- bzw. Belohnungspunkten, welches sich z.B. in Kitas oder auch in Stationären Hilfen wiederfinden lässt – so in Form von Stufen- oder Phasenmodellen.

Wir sahen das Kapitel der „Schwarzen Pädagogik“ also nicht als beendet an, sondern stellten fest, dass die Disziplinierungs- und Degradierungstechniken vielmehr verfeinert und modernisiert worden waren.

Das Tribunal „Dressur zur Mündigkeit?“¹⁹

Zusammen mit dem Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung Hamburg führten wir deswegen am 30. Oktober 2018 ein Tribunal mit dem Motto „Dressur zur Mündigkeit? – Über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung“²⁰ durch. Dort haben Vertreter*innen aus Wissenschaft, Gewerkschaft, Praxis und Betroffene deutlich gemacht: Auch gegenwärtig werden Disziplinierungs- und Degradierungstechniken in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe angewandt. Besonders deutlich wird dies durch eine bislang im wissenschaftlichen und fachpolitischen Diskurs kaum beachtete, in der Praxis aber mittlerweile vorherrschende Technologie: die des „Stufen-Vollzuges“ oder des „Phasen-Modells“. Dieses Konzept – inspiriert von den Bootcamps in den USA und behavioristischen Dressurexperimenten – fußt auf entwürdigenden und stigmatisierenden Degradierungs-

¹⁹ <https://akshamburg.wordpress.com/2019/01/22/dokumente-zum-tribunal-am-30-10-18/>

²⁰ Siehe Abbildung Tribunal

Zeremonien, auch wenn findige Professionelle für deren Bezeichnung ständig neue Vokabeln erfinden. (vgl. Degener u.a. 2020).

Wichtig war uns dabei, dass Schilderungen wie die aus den Haasenburg-Heimen nicht als „bedauerlicher Einzelfall“ geschlossener Einrichtungen abgetan werden können, sondern dass deutlich wird, dass sie eher die Spitze eines Eisberges bilden.

Zum Abschluss des Tribunals rief die Jury zu einer neuen Heimkampagne auf. Nach der Heimrevolte 68/69 – der Heimkampagne 1.0 – und den Heimreformen der achtziger Jahre – der Heimkampagne 2.0 – sollte das Tribunal der Auftakt zu einer weiteren Heimkampagne sein: der „Heimkampagne 3.0“. (Degener u.a. 2020:329).

Klotzenmoorstieg

Mit dem Politikwechsel hin zur aktivierenden Sozialpolitik erhält eine modernisierte Form der Pathologisierung in der Sozialen Arbeit Aufwind: „Fachkliniken“ werden gegründet, die Zahl der Kooperationseinrichtungen zwischen Psychiatrie und Jugendhilfe nimmt bundesweit zu und immer stärker spezialisierte Einrichtungen werden gefordert. Diese Einrichtungen eint die objektivierende Zuschreibung der Adressat*innen als „stark defizitär“, denen es zu helfen bzw. deren Defizite es zu korrigieren gilt. Wo zur Durchsetzung der reaktionären Wende der 1990er das Bild des kriminellen, gewalttätigen Jugendlichen inszeniert wurde, scheint es heute eine Verschiebung zur Psychologisierung und Psychiatisierung zu geben – mit der gleichen Konsequenz: Soziale Konflikte werden in individualisierte Krankheitsbilder umgedeutet.

Derzeitige Entwicklungen in Hamburg zeigen die Aktualität dieses Konfliktes: Die Hamburger Sozialbehörde plant eine neue Einrichtung an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Psychiatrie für Kinder „mit speziellem pädagogischen und psychiatrischen Betreuungsbedarf“ (so die Behörde) zu errichten. Also erneut eine spezialisierte Einrichtung, die sich an Kinder und Jugendliche im Alter von 9 bis 13 Jahren richten soll, denen unter anderem Defizite, wie „geringe Frustrationstoleranz, ein schwach ausgeprägtes Selbstwertgefühl, oder hohe Gewaltbereitschaft“ zugeschrieben werden. Die Kinder und Jugendlichen sollen u.a. durch eine hochstrukturierte „heilende Architektur“ betreut und „behandelt“ werden unter Einbeziehung sämtlicher Diagnose-Methoden und bei Bedarf auch mit freiheitsentziehenden Maßnahmen.

Die Entwicklung immer speziellerer Angebote deckt sich mit Erfahrungen, die ich mit einigen jungen Menschen gemacht habe, die ich über einen längeren Zeitraum begleiten durfte: Ich hatte den Eindruck eines gegenseitigen „Aufrüstens“ – beider Seiten. Die Reaktion seitens des Jugendhilfesystems auf bestimmte Verhaltensweisen war oft, auf noch speziellere und damit exklusivere Angebote, meist mit einem noch engeren Rahmen, zurückzugreifen. Sicherlich gab es Fälle wo die Hilfe dadurch besser angenommen oder sich der sozialarbeiterischen Macht dann besser untergeordnet werden konnte. Oft wurde seitens der jungen Menschen dann aber auch mit noch größeren Abwehrstrategien reagiert, wodurch sich dann ein Teufelskreis der Verschiebebahnhöfe immer weiter zuspitzte und die Jugendhilfekarriereleiter immer höher bestiegen wurde.

In einer Stellungnahme fordern wir deswegen statt der Fortführung dieser defizitorientierten Sozialen Arbeit die Stärkung der sozialräumliche Ausrichtung und die Hinwendung zu einer ressourcenorientierten, das Gemeinwesen stärkenden Sozialen Arbeit.²¹

²¹ Zu diesem Komplex insgesamt: https://www.geschlossene-unterbringung.de/wp-content/uploads/2022/03/Stellungnahme_Klotzenmoorstieg_AKS_Aktionsbuendnis_mit_Unterstuetzern_10.03.2022_.pdf

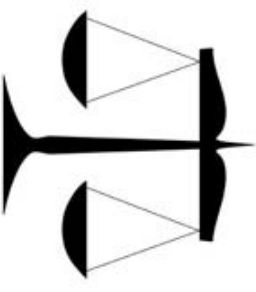
An vielen Stellen, an denen wir um diese andere Ausrichtung Sozialer Arbeit ringen, wurde für uns deutlich, dass es hierbei auch um Finanzierungsfragen und deren Logik geht. Denn durch die aktuellen Finanzierungsstrukturen haben die Träger in der Sozialen Arbeit auch ein Interesse daran, spezielle Angebote zu entwickeln: Denn hinter diesen stecken ein Mehr an Ressourcen, Planungssicherheit und Personal. Dafür braucht es dann jedoch auch die entsprechenden Fälle, zu denen die jungen Menschen dann gemacht werden.

Deswegen ist die Auseinandersetzung mit den Logiken der Bedarfsermittlung und Finanzierung ebenfalls ein wichtiger Bestandteil einer „Sozialarbeitsopposition“ heute.

Jorrit Schwagereck

Abbildung Tribunal (Ankündigungsflyer zur Veranstaltung)

TRIBUNAL



Dressur zur Mündigkeit?
Über die Verletzung von Kinderrechten in der
Heimerziehung in der Bundesrepublik

*„Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen werden in dieser
Dressur verletzt; das sollte im Tribunal der zentrale Bezugspunkt sein.“*
Prof. Dr. Lothar Krappmann, 2003 bis 2011 Mitglied im 13-köpfigen UN-
Ausschuss für die Rechte des Kindes

Aufruf zur Teilnahme

Es ist keineswegs so, dass mit dem Abschluss der beiden Runden Tische zur
Heimerziehung in West und Ost alles zum Besten stünde – im Gegenteil: Trotz
unbestreitbarer Verbesserungen gibt es eine zunehmende Tendenz der
Verletzung von Kinderrechten.

Besonders deutlich wird diese Verletzung durch eine bislang im
wissenschaftlichen und fachpolitischen Diskurs kaum beachtete, in der Praxis
aber mittlerweile vorherrschende Technologie: die des „Stufen-Vollzugs“ oder
des „Phasen-Modells“. Dieses Konzept – inspiriert von den Bootcamps in den
USA und behavioristischen Dressurexperimenten – fußt auf entwürdigenden
und stigmatisierenden Degradierungszereemonien, auch wenn findige
Professionelle für deren Bezeichnung ständig neue Vokabeln finden.

Derartige Programme widersprechen grundlegenden Menschenrechten und
sind nicht mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zu
vereinbaren (BMFSJ 2007). Sie verstößen gegen den gesamten Tenor der
Konvention, vor allem aber gegen Artikel 2: *Achtung der Kinderrechte*,
Diskriminierungsverbot, gegen Artikel 9: *Trennung von den Eltern*,
persönlicher Umgang, sowie gegen Artikel 12, in dem ausdrücklich
festgehalten wird, dass die Willensäußerungen des Kindes „angemessen und
entsprechend seinem Alter und seiner Reife“ zu berücksichtigen sind. Da
diese Konvention in Deutschland unmittelbare Gültigkeit hat, müssen
Einrichtungen, die mit derartigen Disziplinierungstechniken arbeiten,
abgeschafft oder zumindest gezwungen werden, ihre Arbeitsweisen
fundamental zu verändern. Diese Forderung ist allerdings durchaus umstritten.
Die Befürworter von pädagogisch legitimiertem Zwang und therapeutisch
begründeter Einschließung sehen darin vielmehr notwendige Interventionen,
um gefährdete Kinder und Jugendliche vor ihrem eigenen, risikoreichen
Verhalten zu schützen.

Diese Kontroverse soll in Form eines Tribunals zugespitzt werden. Die Jury
des Tribunals hört Zeugen und Sachverständige an; Anklage und
Verteidigung halten Plädoyers; abschließend verkündet die Jury ihren
Beschluss.

30. Oktober 2018 von 14:00 – 21:00 Uhr
Wichernsaal des Rauhen Hauses
Horner Weg 180, 22111 Hamburg

Veranstalter:
Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg
Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung

V.i.S.d.P.: Timm Kunstreich, Spliedtring 26, 22119 Hamburg

3. Selbstorganisation und Partizipation

Was wir wollen: Freizeit ohne Kontrollen - Jugendzentrumsbewegung ab 1970

*„Oh, komm doch, goldene Freizeit!
Ich weiß nicht, was ich mit dir machen soll.
Die Angebote sind hier so beschissen –
So langsam haben wir die Schnauze voll“*

So lautet der Refrain eines Liedes, das ca. 1972 in der Initiative Freizeitzentrum Reinbek entstanden ist und quasi zur Hymne der Jugendzentrumsbewegung wurde. Das Freizeitzentrum Reinbek existiert noch heute. Rauf und runter haben wir es gesungen zur Gitarrenbegleitung, wie viele andere Protestlieder auch. Ich selber bin ein Kind dieser Zeit, nicht direkt in einer der vielen Initiativen verankert, dennoch in Selbstverwaltungszusammenhängen sozialisiert. Hier liegt auch der Ursprung meiner Sozialarbeiter-„Karriere“.

Mein Kontext war eine evangelische Kirchengemeinde in Hamburg-Lohbrügge. In Selbstverwaltung hatten wir einen Jugendrat mit eigenem Budget in Höhe von ca. DM 8.000,- jährlich – eine ungeheure Summe damals. Wir konnten frei darüber verfügen und unsere Freizeitaktivitäten selbst gestalten. Die Einstellung einer hauptamtlichen Kraft lehnten wir ab.

Zeitgleich entstand in Hamburg-Bergedorf die Initiative Unser Haus e.V. und kämpfte für ein selbstverwaltetes Haus. Unser Haus e.V. existiert ebenfalls noch heute.

Die Jugendzentrumsbewegung entstand *„aus den Ausläufern der 68-Revolution und der Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung der späten 1960 Jahre. Damit war sie ein Kind der westdeutschen Verhältnisse unter den Vorzeichen des ökonomischen Booms, geprägt von Prozessen der gesellschaftlichen Liberalisierung, des Aufstiegs moderner Formen von Jugendkultur und der zunehmenden Politisierung insbesondere der jüngeren Generation.“* (Templin 2015:614)

Vor allem männliche Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren prägten die Initiativen, meistens Gymnasiasten, aber auch Mädchen und junge Frauen sowie Lehrlinge beteiligten sich. Selbstverwaltung war das Schlagwort, Forderungen nach Jugendzentren gingen damit einher. Die Vorstellungen orientierten sich an Konzepten der emanzipatorischen und antikapitalistischen Jugendarbeit.

Initiativen entstanden nicht nur in Großstädten, vielfach auch auf dem Land und in kleineren Städten – 1974 in der Hochzeit der Bewegung waren es geschätzt wohl mehr als 1000. Neben den Jugendzentrums-Initiativen entstanden hier in Hamburg – aber auch anderswo – Projekte, die Jugendarbeit, Stadtteilarbeit und Kulturarbeit miteinander verbanden. Und, nicht zu vergessen: Die Kinderladenbewegung. Häufig initiiert von Studierenden der Sozialen Arbeit oder Absolventen. Zu nennen sind hier insbesondere die FABRIK, das Stadtteilprojekt Sonnenland, die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel (AGKV), die Motte, die Honigfabrik, Haus Drei e.V. und das Kinderhaus in der Schokoladenfabrik. Beeinflusst von Konzepten der Gemeinwesenarbeit entwickelten sie Arbeitsansätze der wohngebietsbezogenen Sozialarbeit (Sonnenland) oder Stadtteilorientierter Sozialarbeit (AGKV).

Ich selber habe im Rahmen meines Studiums ein zweisemestriges Praktikum in der AGKV absolviert und die konzeptionelle Gestaltungsfreiheit erfahren. By the way: Die AGKV war auch die Keimzelle des AKS Hamburg.

Heinz Bründel

Heute Partizipation statt Selbstorganisation!?

Eine Praxisreflexion - Was hat sich im Verhältnis von Selbstorganisation und Partizipation verändert?

Früher waren es vor allem die Jugendlichen, die sich in Gruppen organisierten und aktiv für ihre Forderungen einsetzten, um ihre Teilhabe an für sie wichtigen Lebensthemen zu erlangen, wie bspw. die Jugendzentrumsbewegung in Hamburg mit ihrer über die Stadtgrenzen hinaus verbundenen Forderung: „*Freizeit ohne Kontrollen*“. Es gab keine Trennung zwischen Studierenden, Sozialarbeitern, SchülerInnen und Auszubildenden, sondern es wurde gemeinsam über die Forderungen diskutiert und überlegt, wie diese umgesetzt werden können (vgl. ausführlicher Templin 2015), also ein partizipatives Verständnis, das auf Dialog und gemeinsame Aufgabenbewältigung setzte. Eine Gemeinsamkeit innerhalb der damaligen sozialen Bewegungen jenseits der Jugendzentrumsbewegung war, dass als Gruppe agiert und auch innerhalb der jeweiligen Gruppe um Positionen gerungen und sich gemeinsam auf einen offenen Prozess eingelassen wurde. Die sozialräumliche Ausrichtung fand im Sozialraum statt und Partizipation wurde als demokratisches Instrument zur Herstellung gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Wirksamkeit genutzt.

Viele der damaligen selbstorganisierten autonomen Bewegungen mündeten in eine organisierte Form. Institutionelle Rahmungen und die Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention Ende der 80er Jahre sowie der im KJHG formulierte Rechtsanspruch auf Partizipation in den 90er Jahren führten zwar im Bereich sozialer Dienstleistung bspw. im Bereich der Kindertagesbetreuung zu einer Stärkung der Subjektrechte und damit zu einer Stärkung der Nachfragemacht von sogenannten NutzerInnen. Diese blieben aber weitestgehend ambivalent (vgl. Schnurr 2005:1334f.), zum einen, weil viele Strukturen in der Kinder- und Jugendhilfe nicht freiwillig genutzt werden, und zum anderen, weil es bis heute nicht gelungen ist, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. So sind Kinder und Jugendliche trotz ihrer Rechte, welche sich aus der UN-Kinderrechtskonvention ergeben, in der juristischen Wahrnehmung dieser abhängig von ihren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten. Was häufig zu einem Verständnis von „Kindeswohl vor Kindeswille“ führt. Die Fragestellung wem die Jugendhilfe nützt, beschäftigt uns Aktive im AKS schon seit den 70er Jahren.

Freiwilligkeit als zentrales Moment partizipativer Arbeitsweisen ist also in vielen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit formal nicht vorgesehen. Vielleicht beschränken sich deshalb partizipative Arbeitsweisen häufig auf Mitwirkungspflichten und Möglichkeiten innerhalb der jeweiligen Institutionen.

Angebotswahn statt wirklicher Partizipation?!

Ich selbst erlebe in dem Stadtteil, in dem ich arbeite, dass es vor allem die professionellen Akteure sind, die sich mit dem Thema Partizipation beschäftigen. Eine immer wieder auftauchende Frage ist, worüber wir eigentlich sprechen, wenn wir über Partizipation reden – häufig über institutionelle Strukturen, in denen Formen von Beteiligung und Mitbestimmung bereitgestellt oder geschaffen werden. Selten geht es um die inhaltliche Ausrichtung, die Frage wie Entscheidungen von wem getroffen werden oder das Verhältnis der Akteure (Jugendliche und PädagogInnen) zueinander. Ist also die verstärkte Institutionalisierung von Kindheit und Jugend ein Grund für ein verändertes Verständnis von Partizipation?

Fehlen das Ringen und der Dialog um Vorgehensweisen und das Aushandeln gemeinsamer Positionen? Eine Kollegin aus der Stadtteiltrunde stellte die Frage in den Raum, ob wir als SozialarbeiterInnen den Menschen mit der professionellen Sozialen Arbeit nicht Teilhabechancen genommen hätten. Wir als AKS meinen, dass den Menschen mit einer bestimmten

Ausrichtung Sozialer Arbeit die Teilhabechancen insbesondere auf struktureller Ebene²² genommen oder besser, nicht zugänglich gemacht wurden. Die Transformation vom Sozial- hin zum aktivierenden Staat beeinflusste nachhaltig die Zielführung und Ausrichtung Sozialer Arbeit. Die Einführung der neuen Steuerungsmodelle auf Verwaltungsebene führten zu einer Kosten-Nutzen-Ideologie und damit einhergehend ist in der pädagogischen Praxis in allen Feldern der Kinder und Jugendhilfe eine Zunahme verhaltensmodifizierender Maßnahmen zu beobachten. Das führt dazu, dass in der Sozialen Arbeit weiterhin das Ungleichgewicht von sozialpädagogischer Bildung und Hilfe durch das Nothilfeparadigma, von dem sich die Kinder- und Jugendhilfe seit dem RJWG nie ganz befreien konnte, weiter gestärkt wird (vgl. ausführlicher Mielich 2022). Diese Entwicklungen beeinflussen auch das, was unter Partizipation als Ermöglichung von politischer Teilhabe gefasst werden kann.

Partizipation als Prozess der Ermöglichung und gemeinsamer Lernaufgabe endet heute häufig dort, wo institutionelle Interessen aufhören.

Selbstorganisation setzt voraus, dass man davon überzeugt ist, selbst etwas verändern zu können. Was aber passiert, wenn die Kritik an den Verhältnissen weiter besteht, jedoch die Chance etwas aktiv daran zu verändern als unrealistisch und unmöglich wahrgenommen wird, also die Perspektive auf Mitwirkung im Sinne echter Teilhabe als unerreichbare Wunschvorstellung angesehen wird? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für uns Sozialarbeiter? Haben wir am Ende tatsächlich mit unserem sogenannten professionellen Verständnis dazu beigetragen, dass die Überzeugung, die Dinge selbst in die Hand nehmen zu können und zu dürfen bei vielen Nutzerinnen und Adressaten verschwand? Die Forderung nach Räumen ohne Kontrolle existiert weiterhin, insbesondere dort, wo Jugendliche in beengten Verhältnissen leben müssen und keine eigenen Räume bspw. ein eigenes Zimmer zur Verfügung haben. Häufig wird der öffentliche Raum entsprechend als Ausdruck dessen genutzt. Dennoch gelingt es selten diese Forderungen gemeinsam zu realisieren. Vielleicht weil unsere Interessen nicht mit den Interessen unserer Adressat*innen zusammenpassen.

Ernstgemeinte demokratische Partizipation kann nur gelingen, wenn wir bereit sind auch strukturell Macht abzugeben.

Im Arbeitsalltag merken wir, wie schwierig es ist, mit den Menschen darüber ins Gespräch zu kommen, was sie eigentlich wollen und wie dies gemeinsam zu realisieren sein könnte. Manche haben den Eindruck, dass sie ohne uns Sozialarbeiter sowieso nichts entscheiden könnten. Diese hegemoniale Logik von Herrschaft und Beherrschten oder auch Sozialarbeiter – Klient wollen wir mit der Stadtteilgenossenschaft²³ aufweichen und dazu kommen, durch gemeinsames Handeln verschiedene Formen der Selbstorganisation zu stärken und insb. die Jugendlichen darin unterstützen, vermehrt dazu zu kommen, ihre eigenen Interessen und Anliegen zu vertreten und sich für die Realisierung dieser organisieren und in ihren Forderungen wahrgenommen werden. Mit der Novellierung des SGB VIII/ Kinder- und Jugendstärkungsgesetz wurden zwar Beteiligungsstrukturen auch durch die Initiierung von Selbstvertretungen wie beispielsweise durch Ombudsstellen gestärkt, aber die sozialräumliche, ressourcenorientierte Ausrichtung, die den Eigensinn der Subjekte berücksichtigt, geschwächt. Lediglich der §4a zur Selbstorganisation von Jugendlichen lässt Interpretations- und Gestaltungsspielräume zu, auch in Bezug auf die Machtfrage. Unserer Meinung nach besteht eine wichtige Aufgabe darin, das Gesetz nach Ansätzen der Ermöglichung eigenständiger Kinder- und Jugendrechte zu untersuchen, die gemeinsam mit den Jugendlichen produktiv genutzt werden können um Forderungen der

²² Bezieht sich auf unsere Kritik der SGB VIII Reform, dass die „Zielgruppen des Kinder – und Jugendhilferechts erst in zweiter Linie die Kinder, Jugendlichen und deren Familien sind, in erster Linie sind es die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die dieses Feld zu einer Kampfarena um Geld, Macht, Einfluss und patriarchale Hierarchisierung machen“ (AKS Hamburg 2021).

²³ Mehr Informationen zur Stadtteilgenossenschaft Horn: <http://home.hornerperspektiven.de/>

Selbstorganisation auch strukturell zu verankern um die hegemonialen Logiken aufzuweichen (vgl. AKS 2020).

Ramona Seebach

4. Auseinandersetzung um Inhalt und Finanzierung

Opposition in der Sozialen Arbeit „damals“ (1980-2002) – vom Aufschrei zur SOPO und dann...

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre lebte ich in Bremen, hatte Stellen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen²⁴ als Sozialpädagoge in Sonderschulen, war längere Zeit erwerbslos, hatte dann eine Stelle in der offenen Jugendarbeit einer Kirchengemeinde und habe 1981 die Zeitschrift *Widersprüche* mitgegründet, die aus den Arbeitsfeldern Sozialarbeit, Gesundheitswesen und Schule des Sozialistischen Büros (SB) entstanden ist. Im SB war ich schon vorher organisiert während meines Studiums, und zwar im Sozialistischen Zentrum Tübingen.

Zum Verständnis des Hintergrunds der Aktivitäten, von denen ich erzähle, gehört es, auf die mit der Endphase der sozialliberalen Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt verbundenen sozialpolitischen Veränderungen hinzuweisen. Diese liefen unter dem Titel „Operation 82“ und waren programmatisch im Lambsdorff-Papier beschrieben, in dem der damalige FDP-Wirtschaftsminister den Übergang von einer sozialliberalen Regierung zu einer CDU/CSU/FDP-Regierung vorwegnahm. Die Änderungen in der sozialpolitischen Regulierung des „Modell Deutschland“ bezogen sich vor allem auf die Regulierung der Erwerbslosigkeit, auf die Regulierung der Armut, auf das Asylrecht, auf das Ausländerrecht und den Gesundheitsbereich. Es kann als Einstieg in den neoliberalen Umbau der Wohlfahrtsstaatlichkeit bewertet werden. Ein Überblick dazu findet sich im Heft 2 der *Widersprüche* vom März 1982.

Auch auf kommunaler Ebene wurden Veränderungen umgesetzt. In Hamburg gab es 1981 vom Senat ein Sanierungsprogramm zur Konsolidierung des Hamburger Haushalts, in dem vor allem so genannte konsumtive Ausgaben gesenkt werden sollten: Personalabbau um 5% in Hamburger Behörden, Abbau von 1.500 Planstellen, Einstellungsstopp, 48 Mio. DM Kürzungen bei Sach- und Fachausgaben, Erhöhung der Kita-Gebühren, Kürzung von Zuschüssen für Kita-Gebühren bei armen Haushalten. Auch in anderen Kommunen und Bundesländern gab es ähnlich gestrickte Vorhaben. Überall gab es Widerstand. So auch in Bremen.

„AUFSCHREI gegen Kürzungen und Streichungen in der Jugendarbeit und in der Sozialarbeit – Wir haben die Schnauze voll“²⁵

Zu den prominentesten dieser Proteste und Initiativen gegen Sozialabbau gehörte der AUFSCHREI in Hamburg, der 1981 von Kolleg*innen der Hamburger Abenteuerspielplätze gestartet worden war. Auch in Bremen, Berlin, Hessen, NRW, Saarland und Schleswig-Holstein wurden, orientiert am Hamburger Beispiel, AUFSCHREI-Initiativen aktiv.

In Hamburg war auch der AKS dabei und die Aussage „Wir haben die Schnauze voll“ wurde von Einrichtungen, Trägern, Sozialpädagog*innen, Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Diplom-Pädagog*innen, Psycholog*innen, Eltern sowie Mitgliedern von Initiativen und Verbänden getragen.

²⁴ „ABM-Stellen“ waren in Deutschland zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit von der Arbeitsagentur bezuschusste Tätigkeiten auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt.

²⁵ Siehe Abbildung Aufschrei am Ende dieses Artikels

In Bremen gab es damals keinen AKS. Der Bremer AUFSCHREI wurde vor allem getragen von Beschäftigten aus der Offenen Jugendarbeit, aus der Heimerziehung, erwerbslosen Sozialarbeiter*innen oder ABM-Beschäftigten sowie dem Landesjugendring.

Die Sprache des AUFSCHREI war drastisch. Beschrieben wurde der krisenhafte Alltag in den Feldern der Sozialen Arbeit in Hamburg, beschrieben wurde die Deprivation der Lebenslagen der unteren Schichten, der Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Der AUFSCHREI warf den Entscheidungsträger*innen in Politik und Behörden vor, die sozialen Realitäten nicht wahrzunehmen, die Nöte der Menschen zu ignorieren oder als soziale Zeitbomben zu bezeichnen, aber gleichzeitig zu wenig Geld für Soziale Arbeit und Projekte zur Verfügung zu stellen, die den Menschen tatsächlich helfen. Die Logik der Aussonderung nach Nützlichkeit und Leistungsfähigkeit wurde kritisiert, ebenso die Aufrüstung der Polizei und die Politik der Kriminalisierung von sozialen Konflikten. Hier ein Zitat:

„Die Politik, die ihr da oben macht, ist keine Politik für Menschen, sie ist hoffnungslos unglaublich und gefährlich obendrein. (...) Wann endlich werdet ihr begreifen, dass diese Art des Subventionierens und Rationalisierens immer mehr Arbeitsplätze vernichtet und Arbeiten und Leben immer fremder und unmenschlicher macht. Wann werdet ihr endlich begreifen, dass ihr mit unseren Steuern nur noch am Kaputtmachen, am Reparieren und Zusammenflicken seid. Wann fangt ihr endlich an, darüber nachzudenken, ob das Haben oder Sein die Menschen glücklich macht?“ (AUFSCHREI offener Brief, in: Widersprüche Heft 2:109/110)

Bemerkenswert ist, dass der Aufschrei sich auf damals bestehende Bewegungen bezieht, z.B. Hausbesetzungen, Punks, Jugendkrawalle – und die staatliche Repression dagegen diese kritisiert. Auf der Rückseite der Aufschrei-Broschüre waren die europäischen Städte genannt, in denen es Unruhen gab: Berlin, Zürich, Amsterdam, Liverpool. Die Unterzeichner*innen des Aufschreis nahmen für sich in Anspruch, dass ihre Arbeit eine Chance sein kann, „aus diesem explosiven Kessel herauszukommen“ (ebd. 111). Es wird unterstrichen, wozu man nicht mehr bereit ist: Hinnehmen von Kürzungen, Ausdünnen der Projekte, räumliche und bauliche Zustände auf Abenteuerspielplätzen, in Jugend- und Stadtteilzentren, Abhängigkeit von ABM-Finanzierung, niedrige Löhne („Wir fühlen uns ausgebeutet. Wir werden ausgebeutet. Wir arbeiten hart und wollen vernünftig bezahlt werden.“ (ebd. 112)). Die Zeit für Gespräche sei abgelaufen und wenn die Forderungen für 1982 und später nicht erfüllt werden, „so werden wir die Arbeit niederlegen müssen“ (ebd. 112). Zu den angedrohten Arbeitsniederlegungen kam es nicht. Die staatlichen Maßnahmen wurden nicht in der angekündigten Schärfe umgesetzt.

Ich habe in Bremen an den Aktivitäten des Aufschreis teilgenommen. Auch in der Redaktion der *Widersprüche* haben wir über die vielfältigen Aktivitäten gegen den „Sozial-Spar-Staat“ diskutiert und kamen zu dem Ergebnis, dass der in diesen Aktivitäten genutzte Begriff des Sozialabbaus nicht passt. Solche Diskussionen gab es auch im Hamburger AKS, wie kritische, oppositionelle Sozialarbeiter*innen mit dieser Politik, die in der Regel als „Sozialabbau“ gekennzeichnet worden war, umgehen sollen.

SOZIALABBAU – ein falscher Begriff

Denn trotz immer wieder stattfindenden Kürzungen in einzelnen Bereichen, gibt es einen Ausbau sozialstaatlicher Aktivitäten, was man heutzutage exemplarisch im Bereich der Kindertagesbetreuung oder in der Förderung von Freiwilligendiensten betrachten kann. Insgesamt wäre es sinnvoller, von einem „Umbau“ des Sozialstaats zu sprechen und einen differenzierenden Blick zu bewahren, was wo wie von wem mit welchen Interessen in der sozialstaatlichen Landschaft der Sozialgesetzbücher und kommunal vor Ort verändert wird.

Unsere Position bei den *Widersprüchen* war grob gesagt die folgende: Aus der Perspektive einer emanzipatorischen Kritik am Sozialstaat und der Sozialen Arbeit mit ihrem Doppelcharakter von Hilfe und Herrschaft ist eine reine Verteidigung des Bestehenden nicht möglich. Wortwörtlich haben wir uns gefragt: Ist nun der politische Imperativ für die Linke die rigorose Verteidigung des Sozialstaates? Oder gibt es nicht genug *repressive Elemente staatlicher Sozialleistungen* und gab und gibt es nicht – gerade von der Linken initiierte – Kampagnen gegen Teile dieses Sozialstaates, die andere Perspektiven notwendig machen? (Widersprüche Heft 2 / 1982: 3 und 4)

Unsere Gegenparole bei den Widersprüchen war: „Verteidigen, Überwinden und Kritisieren zugleich“. Wir richteten uns gegen (neo)konservative Sozialstaatskritiken mit ihrer Individualisierung, ihrer Verschärfung der Konkurrenzen und Spaltungen genauso wie gegen schlichte alternative Vorschläge der Entstaatlichung. Diese lassen nämlich die im bürgerlichen Recht vorhandene Utopie von Gleichheit und universell geltenden politischen, zivilen und sozialen Rechten, also allgemeine Menschen- und Bürgerrechte, im Abseits und führen zur Stärkung persönlicher Abhängigkeiten im Rahmen privat organisierter Wohlfahrt. Für uns hieß das zu fragen, ob und wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse auch in den politischen Institutionen verändern und wie sich dabei deren herrschaftliche Formen abschaffen lassen!²⁶

In Bremen, wo es keinen AKS gab, haben etliche am Aufschrei Beteiligte versucht, ihre Positionen innerhalb der GRÜNEN einzubringen, im Rückblick betrachtet ohne Erfolg. In der Projekteszene in Bremen wurde der Versuch gemacht, mit geschickter Nutzung von Staatsknete Projekte zu institutionalisieren, die sich einer Sozialen Arbeit verweigern, die individualisiert, privatisiert und expertokratisch, sozialtechnologisch Probleme bearbeitet und verwaltet. Hier sind Projekte entstanden, die auch heute noch arbeiten, sei es als Kultur- und Stadtteilzentren, sei es in der feministischen Bildungsarbeit, sei es in der Sozialberatung v.a. von Erwerbslosen und Armen.

Opposition ohne AKS: Für Umverteilung, gegen Ökonomisierung und Management, gegen Law and Order – für Soziale Grundrechte

Als ich Ende der 1990er Jahre nach Hamburg umgezogen bin, gab es eine gesellschaftliche und politische Situation, spätestens mit der Regierungsübernahme von SPD und GRÜNEN 1998 im Bund, in der wir als Kolleg*innen in der Sozialen Arbeit stark herausgefordert waren. Da war der aktivierende Sozialstaat auch hierzulande angekommen. Das zeigte sich auch in Hamburg. Es gab damals zwar keinen AKS mehr, aber dennoch Opposition in der Sozialen Arbeit. Es gab die SOPO Hamburg und zwei Konferenzen unter dem Motto „Lichter der Großstadt“, 1999 und 2002.²⁷

In der SOPO hatten sich anlässlich des ersten rot-grünen Senats in Hamburg Träger und Initiativen aus verschiedenen Feldern Sozialer Arbeit zusammengeschlossen. Es gab vierzehntägig Treffen im Plenum, bei denen ca. 25 bis 30 Träger vertreten waren. Es gab Untergruppen, Einmischungen in fachliche Debatten sozialer Arbeit, Arbeitsmarktpolitik, Flüchtlingspolitik, Drogenpolitik, Wohnungslosenhilfe. Die Konferenzen „Lichter der Großstadt“²⁸ waren getragen von einem Bündnis aus SOPO, ver.di-Fachgruppe Kinder, Jugend und Soziales, ver.di FB 03, REGENBOGEN-Für eine neue Linke, ASTA der HWP (damalige Hochschule für Wirtschaft und Politik), Hamburger Signal für eine andere Kinder- und Jugendpolitik. Eingeladen zur Unterstützung waren Initiativen, Gruppen, Einzelpersonen und Organisationen. Die im Rahmen dieser Aktivitäten formulierte Kritik ging auch über die Verteidigung des Status quo hinaus. Ein paar Zitate mögen das verdeutlichen. Im

²⁶ vgl. dazu das Thesenpapier der Redaktion in Heft 11/1984: <https://www.widersprueche-zeitschrift.de/article202.html>

²⁷ Ein Memento der Homepage zu den Konferenzen im Internet Archive ist hier abrufbar:

<https://web.archive.org/web/20040401134402/http://www.lichter-der-grossstadt.de/>

²⁸ Siehe Abbildung Lichter der Großstadt am Ende dieses Artikels

Einleitungsreferat der Konferenz 1999 wurde betont: „Geld ist genug da!“ - es wird nur falsch ausgegeben:

„Es geht bei allem „Sparen“ und Sozialabbau um mehr als um die immer wiederkehrende Neuauflage einer sozial ungerechten Kürzungspolitik. Es geht auch und vielleicht sogar in erster Linie um einen Angriff auf die Köpfe der Menschen. Die Idee des Sozialstaates wird von oben neu definiert. Leistung und Gegenleistung, ökonomische Effizienz, Markt, Budget, „Kunden“: das sind die neuen Zauberwörter, in deren Windschatten soziale Dienstleistungen und soziale Arbeit vollständig Marktbeziehungen unterworfen werden sollen“.

Die Konferenz kritisierte also das, was inzwischen als Ökonomisierung der Sozialen Arbeit, als Einkehr des Managerialismus in die Soziale Arbeit verstanden wird. Und die Konferenz blickte auf die Folgen für die Arbeitsverhältnisse und die Zielbestimmungen der Sozialen Arbeit, die damit verbunden waren: Einschränkung von Ermessensspielräumen für Adressat*innen, Lohnkostenkonkurrenz zwischen Trägern z.B. bei Ausschreibungen der Leistungen und der Vertragsgestaltung mit den Trägern durch die Stadt Hamburg.

Neben der Ökonomisierung wurde auch gegen die Aktivierungsprogrammatik mit ihrem Slogan vom Fördern und Fordern und dem Arbeitszwang Stellung bezogen. Die Grundsätzlichkeit der Kritik wird deutlich in diesem Zitat aus dem Einleitungsreferat 1999:

„Gegen diese Politik der Verarmung und Entrechtung beziehen wir mit dieser Konferenz Position. Soziale Ansprüche, der Anspruch, ein menschenwürdiges Leben in dieser Gesellschaft leben zu wollen, mit vollständigen Teilhabemöglichkeiten, ist ein Recht! Ein Grund- und BürgerInnenrecht. Wir erbitten keine Almosen und keine großzügigen Gnadenakte. Wir stellen mit dieser Konferenz selbstverständliche Rechte fest und fordern sie selbstbewusst und energisch ein. (...)“

Die zweite Konferenz „Lichter der Großstadt“ im Jahr 2002 – veranstaltet vom selben Trägerkreis wie die Konferenz 1999 – richtete sich noch stärker als die erste „Gegen 'Sicherheit und Ordnung' – für Soziale Grundrechte“, nicht zuletzt, weil nach den Wahlen im September 2001 eine Koalition von CDU und Schill-Partei den Hamburger Senat stellte. Von diesem wurden kritische und parteiliche oder akzeptierende Konzepte Sozialer Arbeit frontal angegriffen. Sozialer Arbeit insgesamt wurde eine „Kuschelpädagogik“ vorgeworfen. Demgegenüber wurde Härte gefordert und die geschlossene Unterbringung in der Feuerbergstraße auf den Weg gebracht. Der Begriff Armut durfte in der Behördensprache nicht mehr verwendet werden.

Diese Konferenz war nicht zuletzt durch die offenen Provokationen, die vom CDU-Schill-Senat gegenüber akzeptierender oder parteilicher Sozialer Arbeit ausgingen, stark an die interne Öffentlichkeit der Beschäftigten, der Träger und der sozialpolitisch Aktiven gerichtet. Es wurde *„angesichts der law & order-Politik und der Ökonomisierung in allen Feldern der Sozialen Arbeit (...) als Aufgabe einer engagierten Sozialarbeit gesehen, selbstkritisch die Konsequenzen für die eigene Profession zu diskutieren, die sich aus dem Diktat marktwirtschaftlicher ökonomischer Effizienz ergeben. Diese Konferenz soll auch dafür den notwendigen Raum bieten“.*

Die Konferenz sah sich in einem „Klima sozialer Unruhe“ (Demo von 2.000 Frauen am 8. März mit einem Go-In im Rathaus, 4.000 TeilnehmerInnen beim Ostermarsch, 8.000-10.000 Menschen auf der Großdemo von SOPO und ver.di gegen die Hamburger Haushaltspolitik). Diese Konferenz sollte Vernetzungen schaffen und Widerstandsperspektiven aus der Sozialen Arbeit und sozialen Konflikten in der Stadt heraus entwickeln.

(O-Töne zu den genannten Aktivitäten gibt es hier:

<https://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/berichte/hamburg.html>)

Gescheiterte SOPO

Inzwischen ist die SOPO Geschichte. Aus meiner Sicht ist sie an zwei Punkten gescheitert, d.h. konnte keinen kritischen Konsens mehr finden. Die Interessen der Träger als Organisationen/Institutionen führten zu massiven Konflikten.

Den ersten gab es um das Verhältnis von Hilfen zur Erziehung (HzE) zur Offenen Arbeit in der Jugendhilfe. Es ging sowohl darum, dass der HzE-Bereich zu Ungunsten der offenen Arbeit finanziell gestärkt werden sollte, als auch darum, dass Kritik an den herrschaftlich-kontrollierenden Seiten der HzE von den Trägern kaum mehr akzeptiert wurde. Im Rahmen dieses Konfliktes sind einige HzE-Träger aus der SOPO ausgestiegen.

Den zweiten Konflikt gab es nach der Durchsetzung der rot-grünen Arbeitsmarktreformen und der kompletten Umstellung der Hamburger arbeitsmarktpolitischen Trägerlandschaft auf diskriminierende, erzwungene Arbeit in Form der Ein-Euro-Jobs. Hier wurde politisch ein neuer Markt geschaffen, auf dem Beschäftigungsträger neu und durchaus riskant Geld verdienen konnten und Träger auf diesem Markt auftauchten, die auch im Feld der Weiterbildung oder anderen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik aktiv waren. Viele in der SOPO Aktive haben Ein-Euro-Jobs mit guten Gründen grundsätzlich abgelehnt. Auch dieser Konflikt führte dazu, dass sich alle Träger, die Ein-Euro-Jobs nutzten, aus der SOPO verabschiedeten. Neben dem Interesse an institutioneller Selbsterhaltung, neben der Frage, wie weit man aus diesen Interessen fachlich-konzeptionell Ansprüche verändert, geht es in diesem Konflikt um die Rolle, die der Integration in Lohnarbeit für die gesellschaftliche Teilhabe zugeschrieben wird.

Nun gibt es zwar keine SOPO in der alten Form mehr. Aus der SOPO heraus hat sich das Hamburger Netzwerk SGB II Menschen-Würde-Rechte gebildet, das am Anspruch auf unbedingte soziale Grundrechte festgehalten hat und sich vorwiegend bei Aktivitäten gegen Hartz IV einbrachte mit Diskussions-Veranstaltungen und Aktionen vor Jobcentern. Es gibt heute noch die AG Soziales der SOPO, in der ich auch noch mitmache und in der wir gerade als Initiative „hamburgtrautsichwas“ aktiv sind.²⁹ Aber es gab und gibt weiter oppositionelle Aktivitäten in der Sozialen Arbeit in Hamburg. Dazu gehören der AKS Hamburg, das Bündnis gegen Geschlossene Unterbringung, das Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot sowie Aktivitäten verschiedener Akteure gegen „Hartz IV“ oder „Entschlossen offen“ aus dem Bereich der Jugendsozialarbeit oder vielfältige gewerkschaftliche Aktivitäten um Arbeitsbedingungen und Tarifkonflikte oder Aktivitäten wie den Sozialratschlag.

Zusammenschauend auf diese oppositionellen Aktivitäten in der Sozialen Arbeit möchte ich sagen, dass hier Grundkonflikte Sozialer Arbeit in unserer kapitalistischen Gesellschaft in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichen Perspektiven ausgetragen werden:

Konflikt der Verteilung des Reichtums in der Gesellschaft

Dem sozialstaatlichen Bereich, der Reproduktionssphäre, stehen politisch-strukturell begrenzte Finanzmittel zur Verfügung, weil die herrschende Politik und die bürgerliche Ökonomie diesen Bereich als unproduktiv betrachtet. Er schafft ökonomisch keinen Mehrwert, sondern wird finanziert aus staatlich abgeleiteter Revenue aus dem gesellschaftlich produzierten Mehrwert. Das liefert die Basis für den Konflikt der Ökonomisierung Sozialer Arbeit mittels Management des Sozialen. Die feministische Debatte um Care-Arbeit nimmt eine andere Perspektive auf Produktivität und Arbeiten ein.

Konflikt darum, wie nützlich Soziale Arbeit für den Zusammenhalt des Gesellschaftssystems ist: Welchen Beitrag leistet Soziale Arbeit zur

²⁹ <https://hamburgtrautsichwas.de/>

Nützlichkeit/Verwertbarkeit ihrer Adressat*innen? Heutzutage wird das mit dem Begriff der Systemrelevanz ausgedrückt.

Soziale Arbeit ist Hilfe UND Herrschaft, Hilfe UND Kontrolle. Soziale Arbeit kategorisiert Menschen und schließt sie ein und aus anhand von Kriterien: wie produktiv/nützlich sind die Adressat*innen? (Humankapital-Logik), Wie gefährlich sind die Adressat*innen? usw.

Soziale Arbeit findet in Form von Lohnarbeit statt und es gibt entsprechende Arbeitsbeziehungen und -konflikte; aber es gibt überlagernd den Konflikt, dass Sozialarbeiter*innen i.d.R. keine einer Lohnarbeit gemeinhin unterstellte Gleichgültigkeit gegenüber der konkreten Arbeit bzw. dem „Produkt“ haben.

Konflikt um Staatlichkeit (vs. Zivilgesellschaft/Engagementpolitik), **Rechtsförmigkeit** der Formulierung, Prüfung und Gewährung von Ansprüchen, **soziale Grundrechte**.

Wer sind die Akteur*innen in der Opposition oder kritischen Sozialen Arbeit?

Mit wem geht wer Bündnisse ein? Welche Rolle spielen die Adressat*innen/ Nutzer*innen? Welche Rolle spielt Selbstorganisation oder Aktivismus oder transver-sale Kooperation gegen/in Soziale/r Arbeit?

Wolfgang Völker



Abbildung *Lichter der Großstadt* (Dokumentationsbroschüre: <https://archive.org/details/lichter-der-grossstadt-konferenz-fur-soziale-burger-innenrechte-beitrage-und-ref>)

Aufschrei

Offener Brief

An den
Senat und die Bürgerschaft
der Freien und Hansestadt Hamburg
an die
Bundesregierung und den Bundestag
und an alle
die in diesem Land politische und
soziale Verantwortung tragen

Hamburg im Oktober 1981

Wir haben die Schnauze voll davon, in dieser Stadt und in diesem Land Jugend- und Sozialarbeit unter Bedingungen machen zu müssen, die seit Jahren den minimalsten finanziellen, organisatorischen und inhaltlichen Anforderungen nicht nachkommen und von Tag zu Tag noch unerträglicher werden.

Viel zu viele von Euch haben noch nichts begriffen. Nur ein paar wenige scheinen langsam zu begreifen. Wir sagen Euch heute: Ihr springt mit den Menschen, mit den Jungen wie mit den Alten, um, wie Ihr wollt. Ihr seht ihnen systematisch alle natürlichen Lebensgrundlagen. Ihr zerstört ihnen mit System ihre Hoffnungen und Träume auf ein Leben mit Zukunft. Gleichzeitig schreit Ihr ihnen ins Gesicht: mehr Leistung, mehr Wachstum, mehr Konsum ...

Zürich, Amsterdam, Berlin, Liverpool, London Es werden immer mehr Menschen und Überwiegend sind es die Jungen, die sich nicht länger resignierend und anpassend selbst vernichten und mit dem abfinden, was ihnen die Alten und Mächtigen da an Zukunft beschere. Sie erkennen, daß es eine Zukunft so nicht geben kann. Eine Zukunft mit immer mehr Wachstum auf Kosten der Armen, eine Zukunft mit mehr und mehr und immer sinnloserem Konsum. Sie sehen und fühlen noch mehr, daß sie sich wehren müssen gegen all das, was die Welt zerstört, was sie zerstört und was ihnen die Möglichkeiten nimmt, selbst bestimmen zu können, wie sie leben möchten und wie die Zukunft aussehen soll.

Es kommt viel zusammen in dieser Gesellschaft und in dieser Stadt und diesem Land, was Kinder, was Jugendliche und Erwachsene und was die Alten kaputt macht, was ursächlich dafür ist, daß das Leiden in dieser Gesellschaft und die Schweinereien in dieser Gesellschaft immer größer werden.

Hat denn nicht einer von Euch Politikern da ganz oben so viel Mäht, endlich in die Welt rauszuschreiben, so geht's nicht weiter, wir müssen endlich umdenken. Ihr könnt uns doch nicht erzählen, Ihr wüßtet nicht, wohin Ihr diese Welt steuert.

Es wäre die Aufgabe von Euch Politikern, in die Welt rauszuschreiben, daß es so nicht weitergeht, daß wir radikal und jetzt sofort umdenken müssen. Es wäre Eure Pflicht, es wäre das, was Ihr geschworen habt zu tun, und es ist Eure Chance.

Plakat der Aufschrei-Koordinationsgruppe 1981



Opposition heute!

Gegen die Schuldenbremse und für eine gemeinwohlorientierte Soziale Arbeit

„Wenn wir gegen den Sozialabbau Widerstand leisten wollen und zwar Widerstand mit qualitativer Richtung, müssen wir über den sozialpolitischen Suppentopf schon hinausblicken. Denn das herrschende Sparen ist ja unverzichtbarer Teil eines ökonomischen Konzepts, der Austeritäts-Politik nämlich, als "Modell Deutschland" (noch) in etwas gepolsterter Ausführung. Und Austerität heißt Anpassung an Weltmarkt-Rentabilität, heißt Konkurrenz, Privatisierung und Senkung der Reproduktions-"Kosten", wenn es sein muß, über Leichen.“ (Diemer/Völker 1982)

Die Soziale Arbeit befindet sich – so wie die Gesellschaft insgesamt – in einer tiefgreifenden Krise. Die Mehrheit ist zur Sicherung ihrer Existenz abhängig von der Teilnahme am kapitalistischen Verwertungsprozess. In der Krise macht diese Art der gesellschaftlichen Reproduktion die Existenzgrundlage immer prekärer. Soziale Arbeit als Infrastruktur-Angebot, das auf die Unterstützung und Erhaltung aller gesellschaftlich wichtigen Kompetenzen und Tätigkeiten zielt – Pflege und Kindererziehung, aber auch künstlerische, sportliche und kulturelle Tätigkeiten –, wird in und nach der Krise beweisen müssen, dass sie nicht zu weiteren Spaltungen beiträgt, sondern zu deren Überwindung (vgl. AKS HH 2020). Um die tiefgreifende gesellschaftliche Krise zu überwinden, braucht es weitreichende und streitbare Bündnisse und „gemeinsame Aufgabenbewältigung“ (Mannschatz 2010), um eine Gegenwehr mit Perspektive zu formieren. Das setzt zweierlei voraus, nämlich sich die Bedeutung zusprechen, Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung zu haben und sich – mit den Erfahrungen der sozialen Kämpfe der Vergangenheit – mit Anderen zusammenzutun. So wurde aus der Kampagne „International solidarisch – Schluss mit Austerität!“ (ISSMA)³⁰ und durch AKS-Aktive im März 2021 der Sozialratschlag ins Leben gerufen. Mit dem Sozialratschlag und dem vorgängigen Kulturratschlag im September 2020 wurde angefangen auszuloten, welche schädlichen Auswirkungen die Austeritätspolitik mit der „Schuldenbremse“ auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche hat.

Auf dem Sozialratschlag treffen sich Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedensten Bereichen der Sozialen Arbeit, die erstmalig zusammenkamen vor dem Hintergrund der anstehenden Haushaltsberatungen in der zugespitzten Corona-Lage, die erheblichen Einfluss hatte auf die prekäre Situation im sozialen Bereich. In der Debatte wurden die Probleme in den unterschiedlichen Bereichen (Jugendarbeit, Obdachlosenhilfe, Drogenhilfe, Gemeinwesenarbeit, Heimerziehung etc.) dargestellt und zueinander ins Verhältnis gesetzt. Es konnte festgestellt werden, dass die einzelnen konkreten Herausforderungen miteinander in Verbindung stehen und letztlich ein gemeinsames Problem darstellen.

Der Sozialratschlag tagt nun seit 1 ½ Jahren in regelmäßigen Abständen und teilt die AKS-Position, nicht nur pauschal mehr Geld für die Soziale Arbeit zu fordern, sondern sich auch damit auseinanderzusetzen, *wofür* wir mehr Geld fordern. Denn bei weitem nicht alles, was unter dem Label Soziale Arbeit läuft, ist progressiv und sinnvoll. Mit dieser Haltung wurde im Herbst 2021 das Forderungspapier „Für eine bedarfsgerecht ausfinanzierte Soziale Arbeit“³¹ (Sozialratschlag 2021) erarbeitet. Darin heißt es: „Die sozialen Einrichtungen sind essentiell dafür, diese Krise zu überwinden, weil sie die Möglichkeit bieten, die Verhältnisse zu reflektieren, untereinander zu kooperieren, in diesem Sinne für eine demokratische und sozial-nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft konflikt- und handlungsfähig zu werden.“ Eine zentrale übergreifende Forderung ist die nach einer demokratischen Verteilung von bedarfsgerecht bereitgestellten finanziellen Ressourcen aus öffentlichen Mitteln.

³⁰ Die Kampagne wurde im Jahr 2018 insbesondere von aktiven Studierenden mit dem Ziel gegründet, die Propaganda für die Alternativlosigkeit der Austeritätspolitik zu entlarven und die sogenannte Schuldenbremse ausgehend von Hamburg in weltweiter Bewegung aus den Verfassungen zu streichen (vgl. www.schluss-mit-austeritaet.de).

³¹ Siehe Abbildung Sozialratschlag am Ende dieses Artikels

Konflikt um den Hamburgischen Doppelhaushalt 23/24

Das Geld für den Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur wird der Bevölkerung weiterhin vorenthalten. Dies zeigt auch der aktuelle Entwurf des Hamburgischen Doppelhaushalts 2023/24. Dargestellt wird insbesondere der Sozialhaushalt als einer, der gewachsen ist. Der NDR berichtet: „Den größten Teil der geplanten Ausgaben soll die Sozialbehörde bekommen, 2023 sind mehr als 4,5 Milliarden Euro für die Behörde von Melanie Leonhard (SPD) geplant, im darauffolgenden Jahr noch mehr. Dicht dahinter folgt die Schulbehörde von Ties Rabe (SPD). Mit dem Geld müssen nicht nur viele Lehrerinnen und Lehrer bezahlt werden, die Schulbehörde hat auch die Mammutaufgabe, dass Hamburg wegen der wachsenden Zahl von Kindern neue Schulen braucht.“ (NDR 2022) Die getätigte Aussage, es gebe Personalsteigerungen, stimmt so jedoch nicht. Es gibt geringe Steigerungen dort, wo die Stellen staatlicherseits nicht aufgegeben werden wollen (wie in Polizei, Schule und Staatsanwaltschaft), da sie im ordnungspolitischen Bereich wichtig sind. Offene Stellen im sozialen Bereich sollen jedoch – Stand jetzt – nicht neu besetzt werden.

Bei einem genauen Blick zeigt sich, wie sehr dies ein Kürzungshaushalt ist und eine gezielte Verarmung des öffentlichen Haushalts darstellt. Die Ansage der globalen Minderausgaben bedeutet, dass über den Gesamthaushalt 3 % gekürzt werden müssen – wo, kann man sich aussuchen. Für den Sozialhaushalt heißt das, dass ca. 130 Mio. Euro gekürzt werden sollen. Dieser Betrag soll komplett aus *den* 20% des Sozialhaushalts erbracht werden, die nicht die 80% gesetzlich festgelegten und damit „unkürzbaren“ Transferleistungen aus Bundesmitteln sind. Das heißt, die massiven Kürzungen würden insbesondere die Einrichtungen der Sozialen Arbeit betreffen – ohne Ansehen der gesellschaftlichen Funktion – und dort vor allem den Bereich „Personal“. Dies kann das Aus für eine ganze Einrichtung bedeuten, da Ein-Stellen-Einrichtungen in diesem eh schon prekär finanzierten Bereich keine Seltenheit sind. Zudem ist die verbreitete Projektfinanzierung im sozialen Bereich ein kontinuierlicher Unsicherheitsfaktor. Die Finanzierung der sozialen Infrastruktur ist eine gesellschaftspolitische Angelegenheit. Diese Politik des Hamburger Senats steht im Zeichen der sogenannten Schuldenbremse, die 2009 im Grundgesetz und 2012 zusätzlich in der Hamburgischen Landesverfassung verankert wurde – um die erzieherische Botschaft an die Bevölkerung, bloß nicht „über die eigenen Verhältnisse“ zu leben, zu erhöhen. Das politische Handeln des Staates soll mit diesem neuen Austeritäts-Werkzeug der Priorität der „schwarzen Null“, also dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, untergeordnet werden.

Die Schuldenbremsen- bzw. Austeritätspolitik geht einher mit Entdemokratisierung und sozialer Ausschließung, verstärkt die Privatisierung des öffentlichen Eigentums und demontiert die soziale Infrastruktur weiter – und dies vor dem Hintergrund des immensen, vorhandenen und von der Bevölkerung erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums. Jean Ziegler brachte dies bei seinem Hamburg-Besuch zu den G20-Protesten wie folgt zum Ausdruck: „Wenn ein Mensch heute an Hunger stirbt, so ist dies Mord!“ (ISSMA 2018, S. 4) Die Welt könnte auf dem aktuellen Produktionsstand zweieinhalbfach ernährt werden.

Während der Finanzkrise 2008 konnten im Handumdrehen die Banken gerettet werden. Das zeigt, dass genug Geld vorhanden ist bzw. mobilisiert werden kann. Gleichzeitig sind die sozialen Einrichtungen seit den 1990er Jahren angehalten, massiv zu kürzen und stehen, um sich jeweils über Wasser halten zu können, in Konkurrenz um die zu wenig bereitgestellten Mittel zueinander. Dies hat direkten Einfluss auf diese Einrichtungen – die Möglichkeit, eine auf die Entfaltung der Persönlichkeit gerichtete, inklusive Praxis zu verwirklichen, wird so reduziert.

Im Windschatten des Ukraine-Kriegs im Juni 2022 wurde ein seit 1945 einmaliges Sonderprogramm von 100 Milliarden Euro Krediten für Aufrüstung und Krieg in das

Grundgesetz geschrieben. Auch dieses zynische Beispiel für diese staatliche Regulierung zeigt: Geld ist auch heute noch genug da bzw. kann mobilisiert werden. Doch wofür ist einzig eine politische Frage und Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. In diese mischen wir uns mit dem AKS und dem Sozialratschlag ein und knüpfen an die Kämpfe unserer historischen MitstreiterInnen an.

Für eine soziale und zivile Zeitenwende

In den unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Arbeit ist eine individualisierende Defizitorientierung stark verbreitet. Das heißt, die jeweiligen Probleme, die Menschen haben, werden in ihnen – im Individuum verortet und in der Regel anhand von Einzelfallhilfe bearbeitet, was mit dem Ausblenden gesellschaftlicher Ursachen einhergeht. So erläuterte eine Kollegin aus der Obdachlosenhilfe, dass sie für einen Klienten erst eine Wohnung suchen dürfe, wenn sie in dem Bogen an die Behörde mitteilt, welches individuelle Defizit die betreffende Person hat. In welchem Verhältnis steht das dazu, dass in einer so reichen Stadt wie Hamburg nicht ausreichend Sozialwohnungen vorhanden und für die entsprechend stigmatisierten Personen zudem kaum zu bekommen sind?!

In dem insgesamt unterfinanzierten Bereich der Jugendhilfe wird verhältnismäßig viel Geld für auswärtige Unterbringung und Einzelfallhilfe ausgegeben. Hier steigen die Ausgaben sogar jährlich. Mit der Tendenz alles zu individualisieren, verschwindet das Soziale und Kollektive potentiell aus der Sozialen Arbeit. Was in den fallbezogenen Maßnahmen zu Steigerungen führt, führt in den über Zuschüsse finanzierten Bereichen der Sozialen (!) Arbeit zu Einsparungen. Insbesondere die gemeinwohlorientierte und Offene Soziale Arbeit ist unterfinanziert und prekär.

Die (gar nicht mehr so) Neuen Steuerungsmodelle (NSM), die Mitte der 1990er Jahre in den Sozialverwaltungen eingeführt wurden, haben hier zu einer konkurrenzorientierten Verteilung der zu geringen Mittel geführt. In diesem Zuge wurden und werden die jeweiligen programmatischen Ausrichtungen der Träger neutralisiert, da sie den Zuschlag *dann* bekommen, wenn sie sich mit dem billigsten (Nothilfe-orientierten) Angebot durchsetzen. Dies hatte eine dauerhafte Projektorientierung zur Folge, insbesondere in der offenen Arbeit. Diese führt zur Nicht-Planbarkeit auf längere Sicht und der Notwendigkeit, ständig neue Anträge zu schreiben, um die reguläre Arbeit aufrechterhalten zu können. Bei vielen Einrichtungen, die nur über eine Vollzeit-Stelle verfügen kann bereits eine nur zeitlich verschobene Bewilligung der Mittel bereits das komplette Aus der (Beziehungs-)Arbeit in der Einrichtung bedeuten.

Nicht zuletzt ist ein gemeinsames Problem, dass es auf diese Weise zu einer Zunahme der Zahl gewinnorientierter Träger der Sozialen Arbeit gekommen ist, die seit der Einführung der NSM als private Träger anerkannt sind. Das Kapital hat damit auch die Soziale Arbeit entdeckt.

Dieses Gesamtpaket ist nicht hinnehmbar, zumal dieser Haushalt in einer Lage verabschiedet werden soll, in der die Schuldenbremse nach Corona verschärft wieder zum Tragen kommen soll, die (Wirtschafts-)Kriegspolitik des „Westens“ und damit auch der Bundesregierung ganz wesentlich zu den explodierenden Energiekosten beiträgt und die Inflation bereits im Gange ist. Die Bezahlung der Energiekosten wird so auf Kosten der Budgets für die sozialen Einrichtungen erfolgen. Änderungen und einen Richtungswechsel wird es nur bei Gegenwehr geben.

Sowieso kann es angesichts der globalen sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Herausforderungen nicht darum gehen, bloß etwas weniger zu kürzen. Vielmehr brauchen wir eine soziale Zeitenwende mit höheren Löhnen, mehr Personal und massiven Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge! Vor diesem Hintergrund und damit der von verschiedenen Seiten angekündigte „heiße Herbst“ ein progressiver wird, haben wir auf dem

letzten Sozialratschlag beraten, eine Aktionskonferenz mit allen progressiven Kräften in Hamburg und explizit auch der Gewerkschaften im Herbst auf die Beine zu stellen und mit ihrer Vorbereitung in die laufenden Haushaltsberatungen einzugreifen.

So wie es ist, kann es nicht bleiben!

Insbesondere im sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Bereich können wir uns anstelle der individualisierenden Defizitorientierung auf eine emanzipatorische und kooperative Bildung beziehen, die als Grundlage für die Entwicklung von „Systemtransformationsrelevanz“ mit inhaltlichem Leben gefüllt werden kann und muss. Es gibt ein Bildungsverständnis, das sich im Konflikt mit Wettbewerbs- und Leistungsdruck entwickelt hat und dessen Ursprung handlungsfähige Subjekte sind. Daran sollten wir uns in diesen Zeiten erinnern und anknüpfen (vgl. AKS HH 2020).

Wir haben alle Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass die Soziale Arbeit sozial bleibt und wird – und so beiträgt zur Entfaltung von handlungsfähigen Persönlichkeiten und einer inklusiven Gesellschaft!

Der Maßstab ist die Systemtransformationsrelevanz der Sozialen Arbeit!

Sinah Mielich

Für eine bedarfsgerecht ausfinanzierte Soziale Arbeit!

Trotz des steigenden Bedarfs in der aktuellen „Corona-Krise“ mit zunehmender Armut, Arbeits- und Wohnungslosigkeit sowie psychosozialen Schwierigkeiten insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sind die Bezirke gegenwärtig aufgefordert, die Ausgaben zu reduzieren. So werden dem seit Langem nicht auskömmlichen Sozialhaushalt keine zusätzlichen bedarfsgerechten Mittel zur Verfügung gestellt. Zudem sollen – wie bereits in den Vorjahren – über die sogenannten globalen Minderausgaben noch in 2021 insgesamt 2% (88 Mio. Euro) und in 2022 insgesamt 3% (133 Mio. Euro) gekürzt werden. Den freien Trägern wurden bisher nur 75% des geplanten Jahresbudgets zugesichert. Damit ist seitens des Senats der Konkurrenzkampf um die verknüpften Mittel eröffnet.

Doch Soziale Arbeit ist und braucht mehr – für ein im umfassenden Sinne gesundes und solidarisches Aufwachsen sowie für eine Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt!

Die sozialen Einrichtungen sind essentiell dafür, diese Krise zu überwinden, weil sie die Möglichkeit bieten, die Verhältnisse zu reflektieren, untereinander zu kooperieren, in diesem Sinne für eine demokratische und sozial-nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft konflikt- und handlungsfähig zu werden. Dem entgegen sind die Träger und Einrichtungen seit den 1990er Jahren unter Druck gesetzt, um geringe Mittel zu konkurrieren und sich dabei ihrer je spezifischen inhaltlichen Ausrichtung zu entledigen, um zu zeigen, dass sie ökonomisch fit sind und „effizient“ wirtschaften (Stichwort: Neue Steuerungsmodelle). Dadurch wird die Soziale Arbeit auf Mangelverwaltung reduziert und trägt zur Stigmatisierung bei.

Eine Abkehr von der so forcierten Logik von Konkurrenz und Eigenverantwortung ist sofort möglich, denn Geld ist genug da! Zur Minderung der begründeten Ansprüche der Beschäftigten und Nutzer:innen der Sozialeinrichtungen nutzen Bund und Kommunen jedoch die sogenannte „Schuldenbremse“, um zu legitimieren, dass die soziale Infrastruktur nicht auskömmlich finanziert wird, während öffentliche Mittel in Konzernrettungen zu Gunsten Weniger fließen.

Vor dem Hintergrund dieses Konfliktes haben wir – Aktive aus verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit – uns zusammengetan und fordern einen Richtungswechsel:

1) Das Budget der gemeinwohlorientierten öffentlich finanzierten Sozialen Arbeit muss aufgrund wachsender Bedarfe – ungedeckt und bedarfsgerecht – erhöht werden!

2) Es braucht Verlässlichkeit in der Finanzierung von langfristigen Aufgaben und Angeboten sowie den damit zusammenhängenden Stellen!

Aktuell muss die Finanzierung von Sozialer Arbeit von Jahr zu Jahr aufs Neue beantragt werden, was mit hohem bürokratischen Aufwand und großer Unsicherheit einhergeht. Zudem werden in diesem Jahr aufgrund des vorläufigen Haushalts Anträge nur kurzfristig bewilligt, wodurch vor allem kleine Träger besonders gefährdet sind, die sich mit dieser Planungsunsicherheit weder auf Dauer halten, noch die auf Beziehungsarbeit basierende Soziale Arbeit gut machen können.

- 3) Die gewinnorientierte Privatisierung der Sozialen Arbeit muss überwunden werden. Der Staat muss seinem sozialstaatlichen Auftrag (GG Art. 20) gerecht werden. Es braucht eine auskömmliche Finanzierung der öffentlichen Bereiche mit öffentlichen Mitteln.

Die Finanzierung der Sozialen Arbeit durch private Akteure, die Ansprüche auf Rendite erheben (wie z.B. durch SocialBonds), was Teuerungen der Nutzung der sozialen Infrastruktur und damit des alltäglichen Bedarfs zur Folge hat, muss verhindert werden.

- 4) Die Vielfalt gemeinwesenorientierter Sozialer Arbeit muss erhalten und nachhaltig ausgebaut werden!

Aktuell sind wir mit einem Stopp der Finanzierung neuer Angebote konfrontiert und bereits laufende Projekte können sich ihrer Weiterfinanzierung nicht sicher sein. Dies ist angesichts der gegenwärtigen Krise, in der die soziale Ungleichheit – etwa durch die Schließung von Bildungs- und Hilfeeinrichtungen – massiv verschärft wird, weder angemessen noch tragbar. Es braucht jetzt erst Recht einen Ausbau gemeinwesenorientierter Angebote. Die Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, auch auf neue Aufgaben und Herausforderungen eingehen zu können. Laufende Angebote müssen weiter vorgehalten und finanziert werden – wie z.B. Mädchen-Treffs oder Entgiftungsplätze in der Drogenhilfe. Soziale Angebote, Maßnahmen und Träger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

- 5) Die monetären Bedingungen Sozialer Arbeit sollten nicht die Ziele Sozialer Arbeit bestimmen. Für eine nachhaltige Soziale Arbeit braucht es genügend Zeit für Aushandlungsprozesse und die Erweiterung und Schaffung von Perspektiven!

Die Beweispflicht von schnellen Wirkungen führt zur verbreiteten Nutzung bzw. Etablierung von repressiven verhaltenskorrigierenden Methoden in der Sozialen Arbeit. Diese zeigen zwar gelegentlich schnell Wirkungen, sind jedoch weder menschenwürdig, demokratisch-partizipativ noch beständig. Zudem nimmt gegenwärtig die Dokumentationspflicht einen erheblichen Teil der Arbeitszeit ein und beschränkt damit die inhaltliche Arbeit. Dokumentationen sind im sinnvollen Verhältnis zu inhaltlichen Beratungen in Teamsitzungen und der Arbeit mit den Nutzer:innen selbst zu halten.

- 6) Wir fordern die Abkehr von einer ordnungspolitischen hin zu einer sozialpolitischen und ausfinanzierten Sozialen Arbeit, die das Interesse der Beteiligten stärkt, Selbstorganisation fördert und die demokratischen Möglichkeiten erweitert! Im Zuge dessen ist auch eine demokratische Verteilung der Gelder im Sozialraum auszubauen! Hier sind die örtlichen demokratischen Gremien, wie z. B. die Jugendhilfeausschüsse, in ihrem Potential einer kooperativen Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern auf Augenhöhe, zu schaffen und zu stärken.

Das können wir nur zusammen – Schluss mit Austerität!

Forderungspapier des Ratschlags Hamburger Sozialeinrichtungen (Mai 2021),
eingeladen durch die Kampagne „International solidarisch – Schluss mit Austerität“

**Unterschreiben auf der homepage unter
www.schluss-mit-austeritaet.de**

5. Literatur

- Anhorn, Roland (2017): Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS). In: Widersprüche, Heft 145, S. 89-92
- AKS Hamburg (1975): Institutionalisierung und Stadtteilarbeit, in: Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 11: 5-12
- AKS Hamburg (1979): Selbstkritische Nachlese zum (6.) Jugendhilfetag. Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 22, S. 9
- AKS Hamburg (1980): Thesen zur Neuorganisation Sozialer Dienste in Hamburg, in: Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 27: S. 28-32
- AKS Hamburg (1982): Die sieben Todsünden des Sozialstaatsbürgers ... welche aber den Sozialstaat erhalten, in Widersprüche, Heft 2, S. 7-33
- AKS Hamburg (1983): Alternative Sozialpolitik als antihegemoniale Strategie, in Widersprüche, Heft 8, S. 57-71
- AKS Hamburg (2014): Care-Konferenz 2014 - Wo ist die Revolution? In: Widersprüche, Heft 134, S. 87-91
- AKS Hamburg (2016): "KIDS muss bleiben - Räume im Bieberhaus zurück in städtische Hand bringen", in: Widersprüche, Heft 142, S. 139-141³²
- Becker, H., Kunstreich, T. (1989): Thesen zum Verhältnis von sozialtechnischem (behandlungsorientiertem) und sozialpartizipativem (nichtbehandlungsorientiertem) Ansatz in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit, in: Sozialpädagogische Fortbildung: Dokumente und Materialien 17, Hamburg: 2-5
- Degener, L., Kunstreich, T., Lutz, T., Mielich, S., Muhl, F., Rosenkötter, W., Schwagereck, J. (Hrsg.) (2020): Dressur zur Mündigkeit? Über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung. Weinheim/Basel
- Diemer, Niko/ Völker, Wolfgang (1982): Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich?, In: Widersprüche, Heft 4/5, <https://www.widersprueche-zeitschrift.de/article69.html>
- Kunstreich, T. (1994): Ist kritische Soziale Arbeit möglich? Für eine Pädagogik des Sozialen. In: Widersprüche, Heft 50: 85-100
- Kunstreich, T. (1999): Die soziale Frage am Ende des 20. Jahrhunderts, in Widersprüche, Heft 74
- Kunstreich, T. (2014a,b). Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit (Bd. 1 und 2). o.O.: kostenlos verfügbar unter: <https://www.timm-kunstreich.de>
- Kunstreich, T. (2022): Hans S. Falck: Nicht Wohltätigkeit, sondern Gerechtigkeit. Die Membership-Perspektive in der Sozialen Arbeit. Weinheim/Basel
- Mannschatz, E. (2010): Was zum Teufel ist eigentlich Erziehung? Berlin
- Paulsen, Peter 1971: Zum Problem der Organisation von Sozialarbeitern. Erziehung und Klassenkampf, Heft 4
- Redaktion der Zeitschrift Forum für Kinder- und Jugendarbeit (2011): Editorial, Heft 4:10-12
- Redaktion der Zeitschrift Widersprüche (1982): Dokumentation: Rote Stifte – schwarze Zeiten. Widerstand gegen Sparpolitik/Aufschrei mit Widerhall, in: Widersprüche, Heft 2, S. 101-113

³² Alle anderen Texte des AKS Hamburg sind auf der Homepage zu finden: <https://akshamburg.wordpress.com>

Redaktion der Zeitschrift Widersprüche (1984): Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich! In: Widersprüche, Heft 11, S. 121-135

Schone, R. (1991): Grenzfälle zwischen Heimen und Psychiatrie. Zur gegenseitigen Inanspruchnahme von Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie in Hamburg. Informationen/Standpunkte/Empfehlungen des Amtes für Jugend Hamburg Nr.10

Schnurr, S. (2005): Partizipation, in: Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 3. Auflage, Weinheim/München, S. 1334-1335

Templin, D. (2025): Freizeit ohne Kontrollen: Die Jugendzentrumsbewegung in der BRD der 1970 Jahre, Göttingen

Links

ISSMA (2018): Hintergrundbroschüre „International solidarisch – Schluss mit Austerität“, https://schluss-mit-austeritaet.de/wp-content/uploads/2018/08/Brosch%C3%BCre-Austerity-2018_web.pdf

NDR (2022): Hamburger Senat legt Entwurf für Doppelhaushalt 2023/24 vor, <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburger-Senat-legt-Entwurf-fuer-Doppelhaushalt-2023-24-vor,haushaltsklausur176.html>

Sozialratschlag (2021): Forderungspapier „Für eine bedarfsgerecht ausfinanzierte Soziale Arbeit!“, https://schluss-mit-austeritaet.de/wp-content/uploads/2021/05/ISSMA_ForderungenSozialeArbeit_FA.pdf

Kino-Film „Freie Räume – Eine Geschichte der Jugendzentrumsbewegung“, Dokumentarfilm, DE 2020, Trailer unter <https://www.youtube.com/watch?v=0TDT1D96Dhk>

<https://akshamburg.wordpress.com>

<https://akshamburg.wordpress.com/about/>

<https://akshamburg.wordpress.com/2019/01/22/dokumente-zum-tribunal-am-30-10-18/>

<https://akshamburg.wordpress.com/category/handlungskonzept-gegen-jugendgewalt/>

<https://hamburgtrautsichwas.de/>

<https://www.geschlossene-unterbringung.de/>

https://www.geschlossene-unterbringung.de/wp-content/uploads/2022/03/Stellungnahme_Klotzenmoorstieg_AKS_Aktionsbuendnis_mit_Unterstuetzern_10.03.2022_.pdf

<https://web.archive.org/web/20040401134402/http://www.lichter-der-grossstadt.de/>

<https://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/berichte/hamburg.html>

Links zu den noch bestehenden Stadtteil-, Kommunikations- und Jugendzentren:

- www.sonnenland-hamburg.de
- www.agkv-hh.de
- www.diemotte.de
- www.jim.honigfabrik.de
- www.awo-stormarn.de/juz-reinbek

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik
im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Heft 164
**Soziale Arbeit als
(Ent-)Entfremdung?**
2022 – 132 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-004-9



Wenn im Titel der WIDERSPRÜCHE 164 der Begriff der *Ent-Entfremdung* aufgegriffen wird, so nicht in der Tradition, in der er geprägt wurde und die hier auch nicht diskutiert werden soll. Vielmehr spielt die Frage des Hefttitels darauf an, dass in vielen der aktuellen Theorien von Entfremdung Möglichkeiten propagiert werden, Entfremdung individuell zu überwinden, die so auch für Soziale Arbeit attraktiv sind, entsprechend aufgegriffen zu werden. Ob und in welcher Weise eine *Kritische Soziale Arbeit* zu *ent-entfremden* vermag, ist Teil der Diskussion in diesem Heft.



6. Collage Informationsdienst Sozialarbeit

Die hier dargestellten Ausschnitte wurden bei der Durchsicht der ersten sieben Hefte des Informationsdienstes festgehalten. Sie sollen einen Einblick in die aufgeworfenen Fragestellungen, die Diskussionen und Analysen dieser Zeit gewähren.

Scans aller Hefte sind hier zu finden:

<https://archive.org/details/InformationsdienstSozialarbeitab1972>

Heft 1: Fürsorgeerziehung (November 1972)

S o l i d a r i t ä t mit dem Georg-von-Rauch-Haus!

Am 2. Juli 1971 besetzten Jugendliche und Studenten eine leerstehende Fabrik in einem Kreuzberger Sanierungsgebiet. Im Laufe der folgenden Monate wurde die Fabrik zum Jugendzentrum Kreuzberg ausgebaut. Die Arbeit stellt einen ersten Versuch dar, außerhalb der bestehenden Parteien und Organisationen ein Zentrum für Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter zu schaffen. Im November wurde verstärkt die Diskussion über die Möglichkeiten der Einrichtung von Lehrlingswohngemeinschaften geführt.

Am 3.12.71 wurde dann das ehemalige Martha-Maria-Haus auf dem Gelände des Bethanienkrankenhauses von einigen hundert Jugendlichen besetzt.

Soziopsychische Situation der Sozialarbeiter

1. Sozialarbeiter kommen zum größten Teil aus klein- und mittelbürgerlichen Schichten.
2. Sie reproduzieren in der Regel kleinbürgerliche Werte: Eigentum als höchstes Gut, das geschützt werden muß; Konkurrenz, besser sein als der Nachbar. Leistungsdenken.
3. "Schuld" wird als Grund für Obdachlosigkeit, Kriminalität usw. angesehen. Der Wille der Betroffenen, aus ihrer Lage herauszukommen, soll geweckt werden.

So gesehen kann die Sozialarbeit als Instrument eines technokratischen Abwehrsystems gegen systemgefährdende, in Frage stellende, non-konforme Verhaltensweisen bezeichnet werden, demgemäß zielen dann ihre Hilfsmaßnahmen auf: Ich-Stützung, Ich-Stärkung, um Berufsrollen adäquat ausüben zu können, auf Aus- und Fortbildung, auf Verbesserung des sozialen Status, auf Rehabilitation und auf Resozialisierung, d.h. Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess als Lohnarbeiter und Konsument.

Und so ist es dann auch in der Hauptsache das Ziel, Kurzschlußhandlungen, psychische Krankheiten und soziales Versagen aufzuarbeiten, dem Klienten zu einer positiven Einstellung gegenüber der Umwelt zu verhelfen, ihn an das 'Ganze', das 'Gemeinwohl' zu erinnern und zu binden. Diese primär negative Ausrichtung aber hält die Sozialarbeit - speziell den Sozialarbeiter in der therapeutischen Beziehung - davon ab, die dahinter liegenden sozio-ökonomischen Bedingungen zu erfragen - um diese selbst als a-normal zu entlarven - und diese mit den Klienten zusammen aus dem Weg zu räumen.

Die Sozialarbeiter

Was haben sie für eine Funktion?

Was haben sie selbst für ein Problem?

Eine Sozialarbeiterin hat ein Einkommen und kann sich nicht in der Obdachlosensiedlung zurecht finden. Sozialarbeiter wissen überhaupt nicht, in welcher Stellung sie stehen. Der Druck von oben zerstört das Verhältnis zwischen Obdachlosen und Fürsorgerin.

Wo steht der Sozialarbeiter?

Bei der Stadt als Beruhigungsmittel!

Bei den Betroffenen als Stadtverwaltung!

Sie sehen sich selber als hilflose Geschöpfe.

(Verfaßt von einer ehemals Obdachlosen, die 15 Jahre in Notunterkünften gewohnt hat)

Heft 2: Sozialarbeit in Institutionen – Geschichte des AKS Frankfurt – Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern u.a. (Zweite Auflage, März 1974)

Ist eine "berufsbezogene" Organisation der im Sozialbereich Tätigen (z.B. in AKS-Gruppen) politisch sinnvoll? Welche Voraussetzungen sind zu schaffen, damit "berufsbezogene Basisgruppen" sich nicht im "berufsständischen Reformismus" verlieren?

„Viele sind heute bereit, die Gewalt zu bekämpfen, die gegen die Wehrlosen angewendet wird. Aber können sie auch die Gewalt erkennen?
Einige Gewalttaten sind leichter zu erkennen. Wenn Menschen wegen der Form ihrer Nase oder der Farbe ihrer Haare mit Füßen getreten werden, dann ist die Gewalttat den meisten offenbar. Auch wenn Menschen in stickige Kerker eingesperrt werden, sieht man die Gewalt am Werk.
Wir sehen aber allenthalben Menschen, die nicht weniger verunstaltet aussehen, als wenn sie mit Stahlruten geschlagen worden wären, Menschen, die im Alter von 30 Jahren wie Greise aussehen, und doch ist keine Gewalt sichtbar.
Menschen wohnen in Löchern jahraus, jahrein, die nicht freundlicher sind als die Kerker, und es gibt für sie nicht mehr Möglichkeit, aus ihnen herauszukommen als aus Kerkern.
Freilich stehen keine Kerkermeister vor diesen Türen.
Derjenigen, denen diese Gewalt angetan wird, sind unendlich mehr als derer, die an einem bestimmten Tag geprügelt oder in bestimmte Kerker geworfen werden.“

B. Brecht: Me-ti, Buch der Wendungen

Heft 3/4: Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie – Fürsorgezöglinge nehmen ihre Sache selbst in die Hand - Lehrstück Brackwede oder die objektiven Grenzen fortschrittlicher Jugendamtspolitik im Recht u.a. (Oktober 1973)

1. Das Jugendamt ist eine Institution des Staates (im weiteren Sinne) und dem Oberbau zuzuordnen.

Marx begreift die Struktur jeder Gesellschaft durch die verschiedenen Ebenen und Instanzen konstituiert, die durch eine spezifische Determination einander zugeordnet sind: die ökonomische Basis (Einheit der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse) und der Oberbau, "der selbst zwei Ebenen oder Instanzen umfasst: die juristisch-politische (Recht und Staat) und die Ideologie". (3) Die Begriffsbestimmung Basis - Oberbau verweist darauf, daß die Instanzen des Oberbaus nicht in letzter Instanz determinierend sind, sondern bestimmt sind durch die Wirksamkeit der Basis, "daß, wenn sie auf ihre Weise determinierend sind, sie es also als determiniert durch die Basis (sind)." (3) D.h. es gibt 1.) eine 'relative Autonomie' des Oberbaus gegenüber der Basis, 2.) eine Rückwirkung des Oberbaus auf die Basis und 3.) sind beide Prozesse bestimmt durch die Entwicklungsprozesse der ökonomischen Prozesse.

Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie



Im folgenden soll versucht werden, eine grundsätzlichere Position unsererseits zur Diskussion zu stellen:
Die Menschwerdung des Menschen vollzieht sich in der Bewältigung der Natur, indem er sich die Natur untertan macht. Das geschieht heute auf der Ebene des Produktionsprozesses. Erst indem der Mensch Bestandteil dieses Produktionsprozesses wird, nimmt er Teil an der Bewältigung der Natur, definiert er sich selber als Mensch, als das die Natur beherrschende Wesen.

Das wäre die grundsätzliche Ebene. Im kapitalistischen Produktionsprozeß kommt noch eine Ebene hinzu: Das Kapital ist am Menschen und dessen Ware Arbeitskraft nur unter dem Gesichtswinkel der Mehrwertschaffung interessiert, d.h., es macht aus seiner Sicht die Menschen zu Objekten seiner Mehrwertschinderei. Umgekehrt sind die Menschen dem Produktionsprozeß als der Bewältigung der Natur und sich selbst als denjenigen, die diesen Prozeß beherrschen, entfremdet. Erst indem sich die Menschen – die Arbeiter – klar werden, daß sie es sind, die den Produktionsprozeß beherrschen und aufrechterhalten, also die Natur beherrschen – "wir sind es, die allen Reichtum schaffen" – werden sie zu bewußten Subjekten, die anfangen, den Kampf um ihr Leben aufzunehmen, d.h. die tendenziell auch ihre Objektrolle dem Kapital gegenüber verlassen. Das bedeutet aber ganz klar, Menschwerdung ist nur als Teilnehmer am gesellschaftlichen Produktionsprozeß als Voraussetzung zur gesellschaftlichen Bewußtwerdung möglich.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß sowohl das Kapital als auch wir als Sozialpädagogen ein Interesse haben, die Jugendlichen in den Arbeitsprozeß einzugliedern, allerdings mit unterschiedlichen Motiven. Aber wie sollen Jugendliche bestimmende Subjekte außerhalb des Produktionsprozesses werden? Als Objekte der totalen Unterstützung einer möglicherweise wohlmeinenden Sozialarbeiterschaft, als Fürsorgeempfänger, "Parkpenner", Hippies, Rocker etc.?

Illusorisch bleiben.

- c) Eine Aktivierung und Anpolitisierung von solchen Sozialarbeitern, die in ihrem Beruf den Konflikt zwischen ihrer Helferrolle, die sie in der Ausbildung verinnerlicht haben, und der faktischen Rolle eines kontrollierenden und disziplinierenden Instruments der Behörde wahrnehmen, jedoch noch nicht politisch wenden können. Die Verbreiterung von Gruppen innerhalb der Sozialinstitutionen ist vor allem nötig, um der Korruption durch die institutionellen Zwänge und der Angst, begrenzte Risiken einzugehen, entgegenzuwirken.

d) Eine Bestimmung der Arbeitsfelder und der Arbeitsinhalte der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

wickeln.

- e) Eine Diskussion der verschiedenen Organisationen der Arbeiterklasse: denn letztlich bleibt eine Tätigkeit im Reproduktionsbereich reformistisch, wenn nicht zugleich die Verbindung mit dem Produktionsbereich hergestellt wird, mit dem Bereich, in dem die Fronten klar sind und wo letztlich die Machtfrage gestellt wird.
- f) Ansätze einer sozialistischen Arbeit in diesem Praxisfeld in den

Wir wollen im folgenden nur noch einmal versuchen, das Ergebnis des vorstehenden Artikels thesenartig zu fassen:

- 1.) Es gibt in der Regel für Sozialpädagogen (Erzieher etc) keine politisch relevante Alternative zur Arbeit in den bestehenden Erziehungsinstitutionen. Dort sind die entsprechenden Veränderungen zu erkämpfen, und nicht in irgendwelchen Freiräumen, die früher oder später sich doch als unhaltbar erwiesen.
- 2.) Selbstorganisierte Einrichtungen von proletarischen Jugendlichen (Rauch-Haus, Jugendzentren etc.) sind politisch zu unterstützen, bieten aber (logischerweise) keine Berufsperspektive.
- 3.) Es gibt keine Möglichkeit, sich den gesellschaftlichen Widersprüchen, die sich immer auch in der eigenen (Berufs-) Tätigkeit ausdrücken, zu entziehen. Die eigene Tätigkeit wird immer Doppelcharakter haben: einmal einen herrschaftssichernden (qua "Liberalisierung", Feigenblattfunktion etc.), zum anderen einen die reale Situation der proletarischen Jugend verbessernden (qua Verbesserung der Situation der von Heimerziehung betroffenen Jugendlichen, Minderung des Droh- und Disziplinierungscharakters der Heimerziehung etc.).

- 7.) Um nicht im bloßen Reformismus stecken zu bleiben, hat der Sozialpädagoge sich zu organisieren und den organisierten Kampf um seine Interessen aufzunehmen.

Erste Schritte in dieser Richtung wären:

- Organisation aus dem Arbeitszusammenhang heraus auf regionaler Ebene (z.B. in einer der diversen regionalen AKS-Gruppen)
- Organisation in der Gewerkschaft ÖTV
- aktive Beteiligung an der Organisation eines überregionalen Kommunikationsrahmens innerhalb des "Info's Sozialarbeit"



Heft 6: Jugendhilferecht und Jugendhilfetag / Außerdem: 'Genscher-Reform' – 5 Fälle von Disziplinierung u.a. (April 1974)



Der hier geplante Ausbau der Diagnostik dürfte (falls realisierbar) zu einem für die Betroffenen undurchschaubaren Spezialistentum führen. Es besteht außerdem die Gefahr, daß ein individuelles Krankheitsbewußtsein gefördert wird, statt daß die ökonomischen und sozialen Ursachen sogenannter "Erziehungsschwierigkeiten" und "Entwicklungsstörungen" aufgedeckt und bekämpft werden. Sinnvoller wäre die Einschätzung der Gesamtsituation gemeinsam mit den Betroffenen. (siehe S.).

Mit der Definierung von "gefährdeten" jungen Menschen und der Entwicklung eines Katalogs spezieller "Hilfen" für diese Gruppe wird einerseits deren Deklassierung gefördert, andererseits von den "gefährdenden" sozioökonomischen Verhältnissen abgelenkt. Zwar ist - wie in § 47 - hin und wieder davon die Rede, daß die Erziehungshilfe auch die Umwelt des jungen Menschen miteinbeziehen soll. Doch wird dieser gemeinwesenorientierte Ansatz im Gesetz nirgendwo konkret gefaßt und für die "geschlossenen" Formen der Erziehungshilfe wieder ganz fallen gelassen.

schickte:

"Deklassierungsprozesse, die zu abweichenden oder dissozialem Verhalten Jugendlicher führen, die zum überwiegenden Teil aus der Arbeiterklasse stammen, haben ihren Ursprung in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen unserer Gesellschaft. Sozialarbeit stellte sich bisher als Erfüllungshilfe und Disziplinierungsapparat zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung der herrschenden Normen und deren Vertretern dar. Will sie nicht weiterhin nur an Symptomen kurieren und die augenfälligsten "Mißstände" verschleiern helfen, muß sie ihre Arbeit unter antikapitalistische Perspektiven stellen. Sie muß sich selbst organisieren und sich organisatorisch mit denen verbinden, die sich dieselben Ziele gesetzt haben. Andererseits gibt es unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen für Jugendliche, die den gesellschaftlichen Zwang und die mehr oder weniger verschleierte Unterdrückung in der Heimerziehung ohne Maske manifest erfahren haben, keine annehmbare und praktikable Zukunftsperspektive, die nicht die Überwindung bestehender Herrschaftsverhältnisse beinhaltet."

Die auf die Disziplinierung der Arbeiterjugendlichen ausgerichtete Praxis der öffentlichen Jugendhilfe wird verständlich, sobald man die gesellschaftliche Institution "JH" in den Bezugsrahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der BRD einordnet: Geht man davon aus, daß die derzeitige Gesellschaftsordnung der BRD auf der Grundlage der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse funktioniert, dann ist die Funktion einer systemgerechten Jugendhilfe, die kollektive Emanzipation der Arbeiterjugendlichen zu verhindern. Es ist also nur folgerichtig, wenn die etablierten Träger der Jugendhilfe als Teil des Systems alles daran setzen, "die Heimerziehung als Disziplinierungsinstrument zu erhalten, indem entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, die Entwicklung emanzipatorischer Absichten zu unterbinden." Daher kann das kapitalistische System der BRD die Entwicklung einer öffentlichen Jugendhilfe mit emanzipatorischen Absichten nicht gut tolerieren und versucht, sich auf vielfältige Weise gegen eine solche Möglichkeit abzusichern.

Die APO tanzte, die Reaktion kreischte und der Veranstalter distanzierte sich. So endete der 4. Jugendhilfetag 1970 in Nürnberg. Dieses Ende dokumentiert die Ohnmacht der etablierten Jugendhilfe, ihr ängstliches Schielen auf die der kapitalistischen Verfassung der BRD verpflichteten Politiker, die über weitere Subventionen der Jugendhilfeverbände zu entscheiden haben. Die Interessen der Verbände waren in Gefahr.

Soziale Technokratie ist eine dem kapitalistischen System immanente Herrschaftsform (auf die historische Herleitung des Begriffs "soziale Technokratie" aus der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise kann hier nicht eingegangen werden). Soziale Technokratie ist allgemein dadurch gekennzeichnet, daß aus Subjekt-Subjekt-Beziehungen Subjekt-Objekt-Beziehungen gemacht werden. Anders ausgedrückt: Menschen und soziale Prozesse werden verdinglicht, man strebt danach, sie zu steuern und zu kontrollieren und allgemein verfügbar zu machen, wie man sich durch die Technik die unbelebte Natur unterwarf. Soziale Technokratie dient der Herrschaft von Menschen über Menschen, bloß ist sie eine entpersonalisierte, technologische Herrschaftsform. Mit Marx könnte man sagen, sie ist eine Herrschaftsform, die die Entfremdung des Menschen von sich selbst zum Ausdruck bringt.

Die AGJ benutzt ferner die Absage, um kritische Sozialarbeiter zu disziplinieren und zu diffamieren, indem sie behauptet, die in der Sozialistischen Aktion repräsentierten Sozialarbeitergruppen wollten "die freiheitlich demokratische Ordnung unseres Staates" und die betreuten Kinder und Jugendliche "in Wahrheit doch nur für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele mißbrauchen". Mit dieser Erklärung hat sich der AGJ-Vorstand zum Vorreiter der Kräfte gemacht, die seit dem Hamburger Radikalenerlaß fortschrittliche Pädagogen mit juristischen und polizeilichen Mitteln und Berufsverböten bedrohen. Damit hat auch der AGJ-Vorstand seine im "Offenen Brief an die Sozialistische Aktion" angekündigte Stellungnahme zum Thema "Berufsverböte, politische Disziplinierungen" abgegeben.



KAMPFEN WIR ZUSAMMEN FÜR EINE JUGENDPOLITISCHE PRAXIS, DIE DEN INTERESSEN DER UNTERPRIVILEGIERTEN KINDER UND JUGENDLICHEN WIRKLICH NOTZT!

Bilder auf dem Umschlag:

Vorderseite: Ausschnitt aus Titelblatt des
Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 3/4

Rückseite: Bild eines Plakates gestaltet vom
historischen AKS Hamburg

*V.i.S.d.P. Lea Degener, Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, c/o FSR Soziale Arbeit,
Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg, aks-hamburg@gmx.de*

Sparen

und

spalten

hilft

ARMUT

verwalten